

Petersberger Convention 2010

Zukunft 2.0 – Jenseits der Krise



PETERSBERGER
CONVENTION

Zukunft 20 -
Jenseits der Krise

Inhalt

5 Vorwort

Dr. Jürgen Rüttgers

Campus-Veranstaltung

6 Die Jugend beteiligen

Rede | Armin Laschet

12 Sicherheit und Freiheit | Forum 1

14 Zusammenhalt und Vielfalt | Forum 2

16 Orientierung und Werte | Forum 3

Kongress

18 Zukunft 2.0 – Kreativität, ökologische Industrien, faires Wachstum

Rede | Dr. Jürgen Rüttgers

22 Qualität statt Quotengier

Rede | Dr. Dieter Wedel

30 Soziale Marktwirtschaft – Ein Modell für ganz Europa?

Rede | Jean-Claude Juncker

40 Sicherheit und Freiheit | Forum 1

42 Zusammenhalt und Vielfalt | Forum 2

44 Orientierung und Werte | Forum 3

46 Selbstbehauptung in einer globalisierten Welt

Schlussrede | Dr. Klaus von Dohnanyi

54 Programm

55 Impressum

Vorwort

Dr. Jürgen Rüttgers



Wir erleben die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie begann im Herbst 2008 mit dem Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers. Ihre Ursachen aber reichen weiter zurück. Sie betreffen unsere Gesellschaft als Ganzes – in Wirtschaft, Politik und Kultur. Sie liegen darin, dass grundlegende Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft missachtet wurden, dass der Profit wichtiger war als das Gemeinwohl, das Jetzt wichtiger als die Zukunft.

Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft wiederbeleben. Das geht nur mit einer breiten öffentlichen Debatte. Um sie zu führen, hat die Landesregierung schon 2009 zur ersten Petersberger Convention eingeladen. Die hier dokumentierte zweite Convention setzt dies fort. Mit zwei Wettbewerben, dem Internet-Forum, den Campus-Veranstaltungen und dem Kongress haben sich eine breite Öffentlichkeit und vor allem viele junge Menschen beteiligt. In fünf großen Forumsveranstaltungen haben Mitglieder der Zukunftskommission Nordrhein-Westfalen und der Landesregierung mit Experten wichtige Themen wie Energie oder Integration öffentlich diskutiert.

Mir geht es auch darum, dass die Anstöße und Ideen der Zukunftskommission Nordrhein-Westfalen weiter wirken. Ich möchte eine dauerhafte öffentliche Debatte darüber, wie wir in den nächsten Jahrzehnten leben werden und vor allem darüber, wie wir leben wollen. „Ohne die Gesellschaft aktiver Bürger geht es nicht“, hat der Vorsitzende der Zukunftskommission, Lord Dahren-

dorf, gesagt. Politik braucht die Anstöße einer lebendigen Bürgergesellschaft. Politik muss ihre Anliegen und Ideen aufnehmen und umsetzen. Nur dann ist Politik erfolgreich. Deshalb ist die öffentliche Debatte so wichtig.

Die Foren der diesjährigen Petersberger Convention haben sich mit ganz grundlegenden Fragen beschäftigt: Wie können wir Freiheit und Sicherheit miteinander verbinden? Wie können wir die Einheit der Gesellschaft bewahren? Und vor allem: Welche Wertekultur brauchen wir, um die Krise zu überwinden?

Die Krise ist viel mehr als eine Wirtschaftskrise. Sie ist eine Krise des Vertrauens. Unbegreiflich ist es, wenn Vorstände ihre Bank in unverantwortliche Risiken treiben, gewaltige Verluste machen und dann auch noch hohe Bonuszahlungen kassieren – oder im schlimmsten Fall eine hohe Abfindung. „Der Preis einer Sache war plötzlich wichtiger als ihr Wert“, hat dazu Regisseur Dr. Dieter Wedel in seiner aufrüttelnden Rede am Vorabend des Kongresses auf dem Petersberg gesagt.

Danken möchte ich auch insbesondere Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker für die brillante Einführung und Klaus von Dohnanyi als ehemaligem Bundesminister und Erstem Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg für den eindrucksvollen Schlussvortrag. Ihre Reden und die intensiven Debatten in den Foren haben wir für Sie dokumentiert. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihr

(Dr. Jürgen Rüttgers)

Die Jugend beteiligen

Armin Laschet





**Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Schülerinnen und Schüler,
 liebe Auszubildende,
 liebe Jugendliche aus den Sport-, Kirchen- und
 Umweltorganisationen,
 den Wohlfahrtsverbänden und Parteiorganisationen,**

ich freue mich sehr, Sie alle heute Morgen hier in Gelsenkirchen in der Arena auf Schalke begrüßen zu dürfen.

Mit der Arena auf Schalke haben wir für die Jugendveranstaltung genau den richtigen Ort gewählt. Denn alle 14 Tage spielt hier der FC Schalke 04, und Schalke-Trainer Felix Magath setzt voll auf die Jugend – mit großem Erfolg! Magath hat mehrere sehr junge Spieler in die Profimannschaft integriert, die mittlerweile zum Schalker Stammpersonal zählen. Zum Beispiel sind das Christoph Moritz, 20 Jahre alt, Lukas Schmitz, 21 Jahre alt und Joel Matip, 18 Jahre alt!

Vielleicht kann man am Beispiel Schalke 04 besonders gut erkennen, was die Jugend „drauf hat“, wenn man sie „dranlässt“ und ihr eine Chance gibt. Deshalb ist es wichtig, dass der jüngeren Generation auch von politischer Seite her Möglichkeiten und Plattformen geboten werden, die Zukunft unserer Gesellschaft aktiv mitzugestalten und ihre Wünsche und Ziele offen zu formulieren. Einige unter Ihnen waren bereits im letzten Jahr bei der Campus-Veranstaltung dabei, haben mitgearbeitet und sich zu den drängenden Fragen und Herausforderungen unserer Zeit geäußert. Vor einem Jahr war ich am Ende der Veranstaltung beeindruckt, wie produktiv sich die Campusteilnehmerinnen und -teilnehmer mit den Themen Energieversorgung, Klimaschutz, der Zukunft der Arbeitswelt, des sozialen Miteinanders und der alternden Gesellschaft auseinandergesetzt haben. Ihre Perspektive ist uns auch in diesem Jahr genauso wichtig wie die Meinung der Expertinnen und Experten bei der „Petersberger Convention“, die im März folgen wird. Ja, genau genommen haben Sie heute hier sogar das „erste Wort“.



Armin Laschet ist seit 2005 Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften in München und Bonn. Nach seinem 1. Juristischen Staatsexamen absolvierte er eine Ausbildung zum Journalisten und arbeitete als freier Mitarbeiter für bayerische Rundfunksender sowie für das Bayerische Fernsehen. Von 1989 bis 2004 widmete er sich der Kommunalpolitik in seiner Heimatstadt Aachen als Ratsherr der Stadt, bevor er 1994 in den Deutschen Bundestag gewählt wurde. Seit 1999 war er als Lehrbeauftragter des Europastudienganges der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen tätig. Von 1999 bis 2005 war er Mitglied des Europäischen Parlaments. Außerdem ist er seit 1999 Vorsitzender des Bundesfachausschusses für Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte der CDU Deutschlands.



Campus-Jugend als Vordenker

Sie können mit einem ersten „Aufschlag“ vorlegen, Ihre Standpunkte formulieren und Ihre Argumente einbringen, an denen sich die Teilnehmer der „Petersberger Convention“ dann orientieren können. Also: Seien Sie Vordenker! Geben Sie den Älteren ruhig die Richtung vor! Und das Gute ist: Was heute besprochen wird, wird nicht im luftleeren Raum verhallen. Denn zum einen werden die Ergebnisse der heutigen Jugendveranstaltung in die „Petersberger Convention“ mit einfließen. Und zum anderen werden die Sprecher der heutigen Themenforen in die Veranstaltung mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers aktiv eingebunden.

Zwischen der ersten Veranstaltung im letzten Frühjahr und der heutigen Veranstaltung fand auch der Ideenwettbewerb „Vision 2025. Wie sieht Deine Zukunft aus?“ statt. Auch dieser Wettbewerb traf offenbar den Nerv der Jugendlichen, also Ihrer Generation, denn er stieß auf eine enorme Resonanz. Fast 3000 Jugendliche in Nordrhein-Westfalen haben sich an dem Wettbewerb beteiligt und zum Ausdruck gebracht, welche Vorstellungen Sie von der Zukunft im Jahr 2025 haben. Also 3000 junge Menschen, denen die Gestaltung unserer Gesellschaft und ihre eigene Zukunft alles andere als gleichgültig ist. Diese Chance auf Beteiligung haben Sie, liebe Gäste, auch heute. Nutzen Sie sie, zeigen und sagen auch Sie, in welcher Gesellschaft Sie leben möchten und welchen Beitrag Sie leisten wollen.

Die Themen der Campus-Veranstaltung

„Sicherheit und Freiheit“, „Zusammenhalt und Vielfalt“, „Orientierung und Werte“, das sind die drei Themenforen, die heute hier im Mittelpunkt stehen. Diese Themen beschäftigen aber nicht nur die Politik, nein, sie sind für jede und jeden von uns wichtig. Heute haben wir die Chance, die Zukunft unserer Gesellschaft gemeinsam anzupacken und gemeinsam darüber nachzudenken, wie die Welt von Morgen aussehen soll, in der wir leben wollen. Wenn Sie

gleich in den Workshops diskutieren und arbeiten werden, dann geschieht dies entlang von Fragestellungen, die gesellschaftspolitisch von großer Bedeutung sind und im 21. Jahrhundert neu beantwortet werden müssen. Eine dieser großen Fragen ist das Verhältnis von „Sicherheit und Freiheit“: Das Eine garantieren, ohne das Andere in unzulänglicher Weise zu beschneiden. Wie kann das gelingen? Wir haben ja dazu aktuell eine sehr lebhaft öffentliche Diskussion.

Zweitens: „Zusammenhalt und Vielfalt“: Die klassische Frage in Deutschland seit mindestens 200 Jahren. Wer sind wir? Drittens: „Orientierung und Werte“: Was hält die Gesellschaft zusammen? Eine Gesellschaft, die alles andere als statisch, sondern hoch dynamisch ist. Welche Werte und Orientierungen kann eine solche Gesellschaft überhaupt bieten, welche braucht Sie? Das sind Fragen, die sich immer wieder neu stellen. Jede Generation musste – ob freiwillig oder aus der Not heraus – ihre Zukunft gestalten.

Im Rahmen der Themen, denen Sie sich in den Workshops stellen, werden Sie mit massiven gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen konfrontiert werden. Allein die Gesellschaft des „älter, weniger und bunter“, also der oft zitierte demografische Wandel, stellt uns vor große Herausforderungen. Wir müssen hier gemeinsam zu neuen Lösungen kommen, z. B. beim intergenerativen Zusammenleben. Dabei geht es um die Frage: Wie können und wollen die vielen Älteren und die weniger Jungen miteinander leben, wenn zugleich die klassischen Familienformen auf dem Rückzug und der viel zitierte Singlehaushalt auf dem Vormarsch sind?

Es ist doch weder wünschenswert noch machbar, in einer Gesellschaft der „Ein-Personen-Haushalte“ zu wohnen und zu leben. Wir müssen uns teilweise sozial gleichsam neu erfinden: Mehrgenerationenhäuser, die Entwicklung in den Quartieren und das Miteinander der Generationen, das sind neue Wege in diese sich verändernde Gesellschaft des „weniger, älter und bunter“.



Die Aufsteigerrepublik

An einem Beispiel möchte ich Ihnen meine Zukunftsvisionen und Hoffnungen auf die Zukunft skizzieren. Im vorigen Jahr haben wir den 20. Jahrestag des Mauerfalls gefeiert und – am 23. Mai – auch den 60. Geburtstag des Grundgesetzes. Mein Wunsch ist es, dass wir zum 75. Geburtstag der Bundesrepublik und des Grundgesetzes im Jahr 2024 auch mit der „Dritten Deutschen Einheit“ ein ganz großes Stück weiter gekommen sind. Einer Einheit, die nach der „Ersten Deutschen Einheit“, der Eingliederung von zwölf Millionen Vertriebenen nach 1945, und der „Zweiten deutschen Einheit“ – mit der Wiedervereinigung nach dem Fall der Mauer – auch die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte einschließt. Die „Dritte Deutsche Einheit“, das sind die Integration und damit natürlich auch der Aufstieg für „jene von uns, die etwas später zur Bundesrepublik hinzugekommen sind“. Das sind die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Auch diese „Dritte Deutsche Einheit“ kann nur durch gesellschaftliche Solidarität, individuelle Motivation und einen fördernden staatlichen Rahmen erreicht werden. Wie soll das konkret gehen? Bis zum 75. Geburtstag sind es noch 14 Jahre. Nur noch 14 Jahre! „Nur noch“, denn die Ausgangslage ist nicht leicht. Für die Kinder und Enkel der Zuwanderer sind die Chancen auf Aufstieg in aller Regel schlecht. Das führt dazu, dass manche der hier Geborenen inzwischen in Istanbul oder Izmir bessere Aufstiegschancen finden als in Berlin oder Köln. Und dann verlassen sie Deutschland und wir sind um ein Talent ärmer.

Aufstiegleitern anbieten

Ich finde – und bin gespannt, ob Sie heute auch dieses Thema diskutieren werden –, dass wir es uns angesichts des demografischen Wandels nicht mehr leisten können und dürfen, Talente zu verlieren. Wir müssen sie vielmehr fördern, ihnen Aufstiegleitern anbieten. Ich möchte das mit den „Leitern“ noch an einem Beispiel besser verdeutlichen: Welche „Leitern“ bauen wir in Nordrhein-Westfalen, damit endlich alle eine Aufstiegschance haben? Rund

38 Prozent der Kinder im Alter bis zu sechs Jahren haben eine eigene oder familiäre Zuwanderungsgeschichte. In Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet oder in Köln sind es fast 50 Prozent. Doch von den rund 14.300 Schülerinnen und Schülern, die 2007/2008 in Nordrhein-Westfalen ohne Hauptschulabschluss abgingen, waren knapp 30 Prozent Ausländer oder Aussiedler. Von den 63.000 Abiturienten waren nur sieben Prozent Ausländer oder Aussiedler (Quelle: Zuwanderungsstatistik NRW 2008). Und hinzu kommt ein Weiteres: Die Quote der Jungen mit türkischer oder italienischer Zuwanderungsgeschichte, die ohne Abschluss die Schule verlassen, ist in Nordrhein-Westfalen deutlich höher als bei den Mädchen.

Sprache als Schlüssel

Um überhaupt eine Chance zu bekommen, an Bildung teilnehmen zu können, brauchen alle Kinder eine sehr frühe Sprachförderung, vor allem diejenigen, die eine Zuwanderungsgeschichte haben. Auf Sprache als Schlüssel für Bildung und gesellschaftlichen Aufstieg hat man erst seit wenigen Jahren intensiver gesetzt. Vor zehn Jahren hat man das sogar noch als „Zwangsgermanisierung“ diffamiert. Heute ist es zum Glück gesellschaftlicher Konsens, dass jedes Kind, das in die Schule kommt, die deutsche Sprache verstehen und sprechen können muss. Wie könnten Sie heute über die „Zukunft 2.0“ diskutieren, wenn Sie nicht eine gemeinsame Sprache sprechen würden? Eine gemeinsame Sprache, die erst die Verständigung über gemeinsame Zukunftsideen ermöglicht.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung verpflichtende Sprachtests mit vier Jahren eingeführt und sie im Schulgesetz als vorgezogene Schuleingangsuntersuchung verankert. Falls erforderlich – 2008 haben 23 Prozent der Vierjährigen Sprachförderbedarf gehabt – folgt danach in den zwei Jahren bis zur Einschulung eine zusätzliche Förderung von zweihundert Stunden pro Jahr. Damit erhalten Zehntausende von Kindern im Alter von vier und fünf Jahren eine Sprachförderung, mehr als jemals zuvor – und mit mehr finanziellen Mitteln als jemals



zuvor. Im Übrigen haben wir bei unseren Sprachtests festgestellt, dass manches „türkische“ Kind besser Deutsch spricht als manches „deutsche“. Insofern ist unsere Sprachförderung ein Angebot, das unabhängig von der Herkunft und Situation der Eltern wirkt.

Aufstieg nicht dem Zufall überlassen

Derzeit gilt ja leider noch: Wer in Deutschland mit einer Zuwanderungsgeschichte nach oben gekommen ist, hat es – bei allem eigenen Einsatz – oft nur durch Zufall und damit gegen alle Wahrscheinlichkeit geschafft. Er darf sich wie ein Lottogewinner fühlen. Er ist die Ausnahme, nicht die Regel. Ich kenne Aufstiegsbiografien von Menschen, die es in diesem Sinne „trotzdem“ geschafft haben; die gegen alle Widrigkeiten des Systems als türkische Gastarbeiterkinder Abitur gemacht haben und dann z. B. Journalist geworden sind und Karriere gemacht haben. In all diesen Fällen war ein Zufall ausschlaggebend. Beispielsweise ein Lehrer, der ermutigt hat und gesagt hat: ‚Mach’s trotzdem‘. Bei der in Duisburg aufgewachsenen Buchautorin Hatice Akyün war es z. B. ein Bücherbus, der zufällig immer donnerstags in ihrer Straße gehalten hat. In den hat sie sich als kleines Mädchen dann hineingeschlichen. Und durch diesen Bus ist ihre Leidenschaft für das Lesen erst geweckt worden. Eine schöne Geschichte, aber eben auch ein schöner Zufall. Wir können und wir dürfen es uns aber nicht länger leisten, Aufstieg vom Zufall abhängig zu machen. Politik und Gesellschaft haben gerade begonnen umzudenken und neue Wege zu gehen, neue Leitern anzustellen. Doch: Aus meiner Sicht ist das Erfolgsrezept der 60 Jahre Bundesrepublik, die wir im letzten Jahr feierten, eindeutig:

Politik – Zukunft – Realitäten

Unser Land war von Anfang an eine Aufsteigerrepublik. Integration von rund zwölf Millionen Heimatvertriebenen, Zusammenhalt der Gesellschaft und individueller Erfolg, das waren eine ganze Zeit lang zentrale Kennzeichen unseres Landes. Wenn wir diese Tugenden wieder entdecken

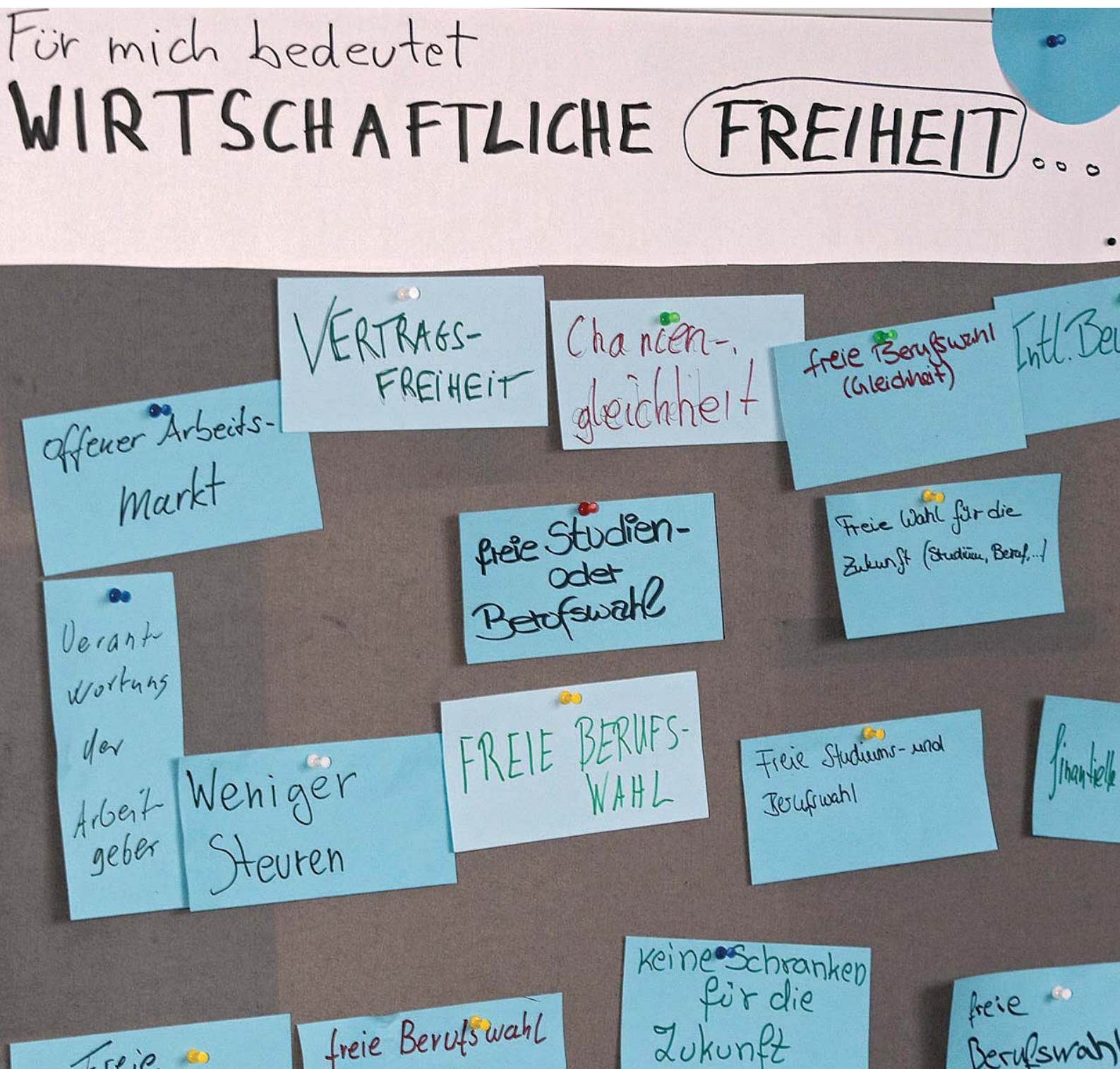
und neu für das Jahr 2010 und die weitere Zukunft übersetzen, werden sie abermals die Erfolgsgarantie dafür sein, dass wir eine neue Blüte erleben – und mehr Menschen als bisher daran teilhaben. Dann gibt es eine „Zukunft – jenseits der Krise“! Ihnen, den jungen Menschen dieses Landes, kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, unabhängig davon, ob sie eine Zuwanderungsgeschichte haben oder nicht. Bei Ihnen schlummert das Potenzial, das es zu wecken gilt.

Zukunft mitgestalten

Wir müssen erneut unseren Willen entdecken, unser Land zu einem Land der neuen Chancen zu machen. Wir müssen unsere Entschlossenheit stärken, für mehr Menschen neue hilfreiche Leitern zur Verfügung zu stellen. Nicht nur durch den Staat, sondern auch durch Wirtschaft, Wissenschaft und andere Institutionen. Die Leitern nutzen müssen die Menschen dann natürlich selbst. Aber sie dazu ermuntern, ihnen zu sagen, schau mal: Da ist eine Sprosse, die Du einmal ausprobieren könntest, das ist dann wieder eine Aufgabe, auf die wir uns gemeinsam verständigen sollten. Oder sind das nur schöne Zukunftsträume? Die Traumforschung definiert Träume unter anderem als „bizarre oder halluzinatorische mentale Aktivität“ oder – angelsächsisch trocken – als „a form of madness“.

Bei solchen Definitionen ist klar, dass ein Politiker geradezu Angst vor Zukunftsträumen haben muss. Selbst vor Visionen hat Altbundeskanzler Helmut Schmidt bekanntlich schon gewarnt. Aber ich denke, dass bei aller Skepsis gegenüber großen Zukunftsplänen Politik doch nur Sinn macht, wenn sie das Bestehende – wo es Not tut – auch verbessern will. Ihre Anwesenheit heute hier zeigt, dass Sie bereit dazu sind, Ihre Zukunft mitzugestalten und mitzubauen. Meine besten Wünsche begleiten Sie bei diesem Vorhaben. Ich wünsche Ihnen allen eine interessante und erfolgreiche Campusveranstaltung.

Berichte aus den Campus-Arbeitsgruppen





Sicherheit und Freiheit Forum 1

Vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise und der Öffnung der globalen Märkte diskutierten die Teilnehmer über die Frage, wie soziale Sicherheit und wirtschaftliche Freiheit in Einklang zu bringen sind.

Grundsätzlich äußerten sich die meisten Teilnehmer eher optimistisch mit Blick auf ihre persönliche Zukunft. Klar im Vordergrund stand dabei die eindeutige Forderung nach freier Gestaltungsmöglichkeit für das eigene Leben. Dies gelte im privaten Bereich, etwa bei sogenannten Patchwork-Biographien, ebenso wie in der Wirtschaft, wo etwa der Wunsch nach Gründung ei-



nes eigenen Unternehmens nicht in erster Linie als Streben nach einem höheren Einkommen, sondern als Mittel definiert wurde, die eigene Kreativität und Innovativität auszuleben.

Ob die Soziale Marktwirtschaft heutiger Prägung die optimalen Rahmenbedingungen für persönliche Entfaltung bei gleichzeitig optimaler Absicherung der Bürger bietet, war in der Diskussion durchaus umstritten. Eine deutliche Mehrheit der

Forumsteilnehmer stimmte jedoch der Aussage zu, dass Deutschlands Wirtschaftssystem der Bevölkerung insgesamt seit Jahrzehnten einen hohen Lebensstandard beschert und den sozialen Frieden im Land garantiert habe. Zudem sei kein Gegenmodell erkennbar, das die Leistung Einzelner honoriere und gleichzeitig soziale Sicherheit für alle garantieren könne.

Arbeit verändert sich radikal

Dabei wurde auch festgestellt, dass sich die Leistungs- und Qualitätskriterien von Arbeit im Laufe der Zeit radikal verändert hätten. In der Wissens- und Kulturgesellschaft trete die nicht automatisierbare Arbeit immer stärker in den Vordergrund. Vor diesem Hintergrund wurde ausführlich über die Einführung eines Grundeinkommens diskutiert, wobei die Teilnehmer auf die Probleme der Umsetzung innerhalb Deutschlands, das in die Regelwerke der EU eingebunden ist, hinwiesen.

Als Basis für die Diskussion über ein Grundeinkommen diene das Modell von Milton Friedman zur negativen Einkommensteuer. Dabei handelt es sich um eine staatliche Transferleistung, die das Existenzminimum deckt und die jeder Bürger erhält. Die Höhe der Zahlungen nimmt dabei in dem Maße ab, wie der Bürger ein eigenes Einkommen erzielt. Das Modell stelle eine Alternative zur bedarfsorientierten Grundsicherung wie etwa dem Arbeitslosengeld I dar und finanziere sich ausschließlich über eine „Wertschöpfungssteuer“ in Form der Mehrwertsteuer. Während das aktuelle (Hartz IV-)System zur Annahme zumutbarer Ar-



beit zwingt, würde eine Grundsicherung zu einer andersartigen Arbeitsmotivation führen und so Energie und Kreativität frei setzen. Allerdings merken Teilnehmer an, dass ein derartiges System auch eine Art „Grundvernunft“ aller Bürger erfordere, die von vielen als wenig wahrscheinlich

dende Ressource. Dabei diskutierten die Teilnehmer sehr kontrovers über das Thema Studiengebühren. Ein Teil der Jugendlichen akzeptierte diese als angemessenen Beitrag derjenigen, die später auch materiell von ihrem Studium profitieren. Kritiker stellten den Abschreckungsfaktor für



beurteilt wurde. Vielmehr befürchteten die Kritiker, dass sich manche Bürger auf einem solchen Grundeinkommen „ausruhen“ und so dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen würden.

Engagiert wurde auch das Thema der möglichen Einführung von flächendeckenden gesetzlichen Mindestlöhnen diskutiert, wobei sich eine augenscheinliche Mehrheit der Forumsteilnehmer dazu ablehnend äußerte. Sie befürchtete als mögliche Folge den Abbau von Arbeitsplätzen in Unternehmen bis hin zur Abwanderung von Firmen in andere Länder ohne derartige Vorschriften. Außerdem befürchteten einige Teilnehmer, durch Festschreibung von Löhnen auch die Hürden für Arbeitnehmer zu erhöhen, über dem Mindestniveau liegende Löhne zu erzielen.

Bildung ist entscheidende Ressource

Die Politik wurde zu verstärkten Anstrengungen im Bildungsbereich aufgerufen. Bildung sei vor dem Hintergrund der veränderten Maßstäbe für die Bewertung von Arbeitsleistung die entschei-



junge Menschen aus einkommensschwachen Familien in den Vordergrund ihrer Betrachtung. Daran würden auch günstige Studierendenkredite nichts ändern, da die Bezieher so gezwungen seien, ihr späteres Berufsleben mit Schulden zu beginnen.

Im Verlauf der Diskussionen wurden weitere konkrete Forderungen zur Weiterentwicklung des marktwirtschaftlichen Systems formuliert. So sollen multinationale Konzerne bei einer Sitzverlegung ins Ausland in die Verantwortung für ihre entlassenen ehemaligen Mitarbeiter genommen werden. Bankprodukte sollten zukünftig transparenter und einer stärkeren Kontrolle unterworfen werden. Von der Politik erwarten die jungen Menschen, dass diese sich stärker an langfristigen Entwicklungen orientieren und nicht nur bis zur nächsten Wahl planen.

Politik soll sich stärker an langfristigen Entwicklungen orientieren.



Zusammenhalt und Vielfalt Forum 2

Sehr intensiv diskutierten die Teilnehmer – viele von ihnen selbst mit Migrationshintergrund – über ihre Vorstellung eines Zusammenlebens von Menschen aus verschiedenen Kulturen. Dabei wurden sehr unterschiedliche persönliche Erfahrungen geschildert, wobei mehrheitlich durchaus positiv über die eigene Integration in die deutsche Gesellschaft geurteilt wurde.

Einig waren sich die Teilnehmer in der Feststellung, dass Integration nur gelingen kann, wenn „beide Seiten“ offen für neue Einflüsse sind. Es reiche keineswegs aus, den Wohnsitz nach Deutschland zu verlegen und abzuwarten, was staatlicherseits für die Integration des Einzelnen organisiert werde. Wichtig sei der Wille eines Migranten, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Außerdem müsse die Bereitschaft, sich als Deutscher zu fühlen, bei jedem freiwillig vorhanden sein. Als die wohl wichtigsten Grundbausteine für eine gelingende Integration wurden immer wieder die Begriffe „Akzeptanz“ und „Toleranz“ genannt. Konkret wurde vorgeschlagen, dass Bundesbürger Migranten z. B. durch Einladungen zu verstehen geben, dass sie in der neuen Gesellschaft willkommen sind. Gerade weil viele Migranten diesen Eindruck nicht hätten, entstünden besonders in den Großstädten Subkulturen, die den Strukturen in der Heimat der Neubürger ähnelten und deren Integration erschwerten, wenn nicht sogar unmöglich machten.

„Akzeptanz“ und „Toleranz“ sind Grundbausteine für eine gelingende Integration

Neugier auf die Kultur des Anderen

Weitgehende Einigkeit bestand darin, dass der jungen Generation bei den Integrationsbemühungen eine besondere Bedeutung zukomme, da diese eher fähig zu sein scheint, z. B. über die Neugier auf die Kultur des Anderen einen verbindenden Nenner miteinander zu finden.

Besonders hervorgehoben wurde neben dem Abbau sprachlicher Barrieren die grundsätzliche Bedeutung der Bildung für die Integration, wobei damit nicht nur das additive Aufnehmen von Wis-



sen gemeint war, sondern auch die Verankerung im Alltag, etwa in Ganztageseinrichtungen oder mit Sportangeboten. Das Bildungssystem müsse einer „sozialen Selektion“ entgegenwirken.

Selber „die Ärmel hochkrepeln“

Allerdings kritisierten mehrere Teilnehmer, die selbst im Kindesalter nach Deutschland gekommen waren, dass es nach ihrer Erfahrung eine Anzahl von Kindern mit Migrationshintergrund



gebe, die in der Schule selbst mehr Bereitschaft zeigen müssten, auch schulisch in der neuen Gesellschaft anzukommen. Man dürfe nicht nur auf den Staat warten, sondern müsse selbst „die Ärmel hochkrepeln“. Als wünschenswert wurde z. B. der Ausbau von Ganztageseinrichtungen genannt. Dem Sport wurde eine extrem hohe integrative Kraft zugesprochen.

Eine spannende Diskussion ergab sich aus dem Konzept, mittels Raum- und Stadtteilplanung die Integration zu fördern. Dabei sollen unterschiedliche Schichten, Generationen, Bil-



Kritiker dieser Überlegungen verwiesen auf mögliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung derartiger Überlegungen, insbesondere bei der Finanzierung. Hinzu kämen integrationshemmende Faktoren wie Sprach- und Mentalitätsbarrieren, die Gruppen wiederum von öffentlichen Räumen ausschließen könnten. Auch deshalb sei der Bildungsbereich für die Integration so wichtig.

Schaffung echter Partizipationsmöglichkeiten für Neubürger.



dungs- und Lebensniveaus in offenen sozialen Räumen zusammengeführt werden, um einer Ghettoisierung entgegen zu wirken. Nur wenn Menschen die gleichen Alltags- und Lebenserfahrungen teilten, könnten sie sinnvoll miteinander kommunizieren – so die These. Als beispielhaft für ein sozial ausbalanciertes Wohnen wird die „Gartenstadt Atlantic“ im Berliner Stadtteil Wedding genannt, die ein ausgeprägtes integrationspolitisches und kulturelles Konzept vorweist.

Eine deutsche Leitkultur kann nicht verordnet werden

Eher skeptisch äußerten sich die Teilnehmer über den Sinn einer „deutschen Leitkultur“. Diese könne auf keinen Fall staatlich verordnet werden, sondern sei eventuell über „positive Identifikationsfiguren“ vermittelbar. Als wichtiger wurde die Schaffung echter Partizipationsmöglichkeiten für die Neubürger angesehen.



Orientierung und Werte Forum 3

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Orientierungslosigkeit in unserer Gesellschaft, in der historisch mühsam erworbene Werte durch Egoismus und Rücksichtslosigkeit ausgehöhlt werden, diskutierten die Teilnehmer über Auswege aus der gegenwärtigen Situation.

Egoismus gelte als besonders „clever“ und durchziehe mittlerweile alle Gesellschaftsschichten – angefangen von gierigen Bankern und skandalfixierten Medien über unaufrichtige Politik bis hin

zum „rücksichtslosen Drängler“ auf der Autobahn. Der Werteverfall zeige sich dabei besonders im Umgang der Gesellschaft mit den Schwachen. Beklagt wurde insbesondere eine neue „Kultur des Wegsehens“.

In der Analyse war man sich weitgehend einig, dass die christlichen Kirchen in ihrer Bedeutung als Quelle und Vermittler positiver Werte in unserer Gesellschaft deutlich an Einfluss verloren hätten. Dabei war auch unstrittig, dass die Bedeutung der christlichen Lehre für den europäischen Wertekanon nicht ernsthaft in Frage gestellt werden könne. In diesem Zusammenhang wurde bemängelt, dass die christlichen Kirchen in Deutschland derzeit keinerlei Bereitschaft erkennen ließen, ihre ursprüngliche Rolle als Träger positiver Werte wieder aktiv anzunehmen.

Konzept einer „Gesellschaft der gegenseitigen Verantwortung“

Teilnehmer skizzierten für die Zukunft das Konzept einer „Gesellschaft der gegenseitigen



Verantwortung“. Mehr Zivilcourage und mehr Verantwortung – auch und besonders für das eigene Handeln – wurden ebenso gefordert wie mehr Toleranz. Die Bedeutung der persönlichen Verantwortung für eine positive Veränderung unserer Gesellschaft schien der gemeinsame Nenner der meisten Beiträge zu sein. Den Kerngedanken fasste ein Teilnehmer zusammen: „Jeder muss selbst verkörpern, was er von anderen verlangt.“

Um gelebte Werte einem breiten Publikum zu präsentieren, wurde die Bedeutung positiver

Christliche Kirchen müssen ihre Rolle als Träger positiver Werte wieder aktiv annehmen.



Vorbilder unterstrichen. Als Beispiel diente dazu der US-Milliardär Bill Gates, der seinen enormen Reichtum heute nutzt, um überall auf der Welt Entwicklungsprojekte und humanitäre Aktivitäten zu finanzieren.

Politiker und Prominente müssen besonders hohen moralischen Standards folgen

Schulen und Kirchen seien in unserer Gesellschaft besonders gefordert, Werte an junge Menschen zu vermitteln. Von Politikern und

anderen Prominenten erwarteten die Jugendlichen, dass diese einem besonders hohen moralischen Standard folgen. Besonders in der Politik sei das die Voraussetzung, um von der Bevölkerung überhaupt noch als glaubwürdig angesehen zu werden.

Gewünscht wurde in diesem Zusammenhang besonders ein intensiverer Dialog zwischen Bürgern und ihren politischen Repräsentanten. Dabei könnten die neuen Medien wie Twitter oder Facebook eine wichtige Rolle übernehmen, insbesondere in Bezug auf die Kommunikation zwischen Jugendlichen und Politikern.

Abschließend waren die Teilnehmer aufgefordert, aus einem Katalog von 57 Begriffen, die von „Achtung der Älteren“ über „Mobilität“ bis „Zuverlässigkeit“ reichte, fünf auszuwählen, die sie als wichtige Werte in einer sich stark verändernden Gesellschaft verankert wissen wollen. In Kleingruppen mussten sich die jungen Menschen zunächst jeweils auf Begriffe einigen, die dann nach und nach zusammen mit den Mitgliedern der anderen Gruppen zu einer endgültigen Auswahl zusammengestellt wurden.

Die wichtigsten Werte stellten sich letztlich in dieser Reihenfolge heraus: Ehrlichkeit, Gemeinsinn, Gerechtigkeit, Liebe und Respekt gegenüber allen Menschen.

**Wichtigste Werte:
Ehrlichkeit,
Gemeinsinn,
Gerechtigkeit,
Liebe und Respekt gegenüber
allen Menschen.**

Zukunft 2.0 – Kreativität, ökologische Industrien, faires Wachstum

Dr. Jürgen Rüttgers





Es ist mir eine ganz besondere Ehre und Freude, Sie hier heute Abend anlässlich der zweiten Petersberger Convention begrüßen zu dürfen. Zu einer Debatte, wie wir in Zukunft leben wollen. Gibt es einen besseren Zeitpunkt für eine Debatte über die Zukunft als den Beginn eines neuen Jahrzehnts? Ich weiß nicht, ob Ihnen das auch so geht: Aber Jahreswechsel heißt für mich immer auch Rückblick. In diesem Fall auf ein ganzes Jahrzehnt. Das hat mich nachdenklich gemacht. Global betrachtet waren es Krisenjahre. Sie begannen mit dem dramatischen Ende der New Economy. Mit gewaltigen Kursabstürzen und Firmenpleiten weltweit. Dann folgte der 11. September 2001 – und läutete ein Jahrzehnt des Terrorismus und des Kriegs gegen den Terror ein. Ein Jahrzehnt des religiös aufgeladenen Konflikts weltweit. Mit Terroranschlägen auch in Europa.

Dann das Jahrzehnt der Klimakrise. Auch sie hat die Weltordnung dramatisch verändert. Wir haben fürchterliche Naturkatastrophen erlebt. Und die Gewissheit erlangt, dass die Erwärmung des Globus uns alle bedroht. Und dass sie von uns Menschen wesentlich mit verursacht ist. Und als wäre das noch nicht genug, traf uns am Ende des Jahrzehnts auch noch die vielleicht tiefgreifendste Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahrzehnte.

Das Motto des Jahrzehnts – Wo bekomme ich am schnellsten am meisten für mein Geld? – verkehrte sich in sein Gegenteil. Alle 24 Minuten ging an den Aktienmärkten im Jahr 2008 rechnerisch eine Milliarde Dollar verloren. Die Staaten der G 20 haben insgesamt rund 1,5 Billionen Dollar zur Rettung des Finanzsystems ausgegeben. Ursache war ein schrankenloser Materialismus. Und der Glaube, dass das Heil allein in Privatisierung, Deregulierung und Shareholder-Value liegt. Mit dem Ergebnis, dass alle verloren haben.

Dieter Wedel hat das übrigens auch in seinem jüngsten Film hervorragend dargestellt – der Titel „Gier“ hat es auf den Punkt gebracht. Hier wollen die ohnehin schon Superreichen immer noch mehr – und werden am Schluss zu Recht betrogen. Und wie sagt der Betrüger am Ende,



Dr. Jürgen Rüttgers, seit 2005 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, seit 2000 Stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands; 1994–1998 Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Zuletzt erschienene Bücher u. a.: „Worum es heute geht“ (2005); „Die Marktwirtschaft muss sozial bleiben“ (2007); „Wer zahlt die Zeche? Wege aus der Krise“ (Hrsg., 2009); „Berlin ist nicht Weimar. Zur Zukunft der Volksparteien“ (Hrsg., 2009).



schon im Gefängnis – Ulrich Tukur macht das unnachahmlich: „Ich war wie Robin Hood. Ich nahm das Geld der Reichen und gab es Bedürftigen – nämlich mir.“ Prägnanter kann man die moralische Krise nicht formulieren.

Ein neues Jahrzehnt der Hoffnung

Politik beginnt mit der Wahrnehmung der Wirklichkeit. Wer die Zukunft gestalten will, muss die Gegenwart so sehen, wie sie ist. Schönreden bringt uns nicht weiter. Schlechtreden allerdings auch nicht.

Und wenn wir die Perspektive ändern, haben wir ein Jahrzehnt erlebt, das auch Hoffnung macht. Es war das Jahrzehnt einer beispiellosen globalen Internet-Vernetzung. Noch nie in der Weltgeschichte hatten so viele Menschen so viele Möglichkeiten der Verbindung und des Austauschs. Und noch nie haben so viele Menschen das genutzt. „Wir gingen online“ – so hat der Wikipedia-Gründer Jimmy Wales das Jahrzehnt auf den Punkt gebracht.

Es war auch das Jahrzehnt eines neuen Umweltbewusstseins – der Klimawandel ist längst in den Köpfen angekommen, auch wenn die Politik noch hinterher hinkt. Ich bin sicher: Was in Kopenhagen beschlossen wurde, kann und darf nicht das letzte Wort sein. Aber dass Kopenhagen überhaupt stattgefunden hat und weiter stattfinden wird, macht Hoffnung. Und auch für die Finanzkrise gilt die alte Weisheit, dass im Schlechten immer auch etwas Gutes steckt. Alle werden aus dieser Erfahrung Lehren ziehen müssen.

Kein System kann auf Dauer auf die wichtigste menschliche Währung verzichten – das Vertrauen. Und auf die Regeln des gesunden Menschenverstands. Wer andere schädigt, muss dafür haften. Wer Risiken eingeht, muss dafür gerade stehen. Wer Gewinne macht, muss für Krisenzeiten vorsorgen: Wer sichere Systeme will, darf nicht zulassen, dass die Kontrolleure von den Kontrollierten bezahlt werden. Und: Kein System kann auf Dauer funktionieren, bei dem die Gewinne privatisiert und die Kosten sozialisiert werden.

Wir müssen diese Regeln des gesunden Menschenverstands auf den Finanzmärkten durchsetzen. International und für alle verbindlich. Der Westen muss vorangehen. Dann werden alle anderen auch mitmachen. Schon weil das Geld dahin geht, wo stabile Verhältnisse herrschen.

Nutze deine Erfahrungen, um dich immer wieder neu zu erfinden

Ich glaube, wir müssen aus den Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts drei entscheidende Lehren ziehen. Erstens: Wir müssen noch mehr Kreativität fördern. In der Wirtschaft, in der Politik, in allen Lebensbereichen. Ein kluger Mann hat mal gesagt: „Manche halten für Erfahrung, was sie Jahre lang falsch gemacht haben.“ Die Botschaft heißt: Nutze deine Erfahrungen, um dich immer wieder neu zu erfinden. Ohne die eigenen Wurzeln und Werte aufzugeben. Wir in Nordrhein-Westfalen sind da stark. Dieses Jahr ist der beste Beweis. Es steht im Zeichen der Kulturhauptstadt Essen und der Metropole Ruhr. Es gibt wenige Regionen Europas, die sich in den letzten zwei Jahrhunderten buchstäblich immer wieder neu erfunden haben. Im frühen 19. Jahrhundert war das Ruhrgebiet die reinste ländliche Idylle. Hundert Jahre später ist das Ruhrgebiet die Herzkammer der boomenden deutschen Industrie mit Stahl und Kohle. Und heute, wieder hundert Jahre später, das Zentrum neuer Zukunftsindustrien. Zum Beispiel die Kreativwirtschaft. Schon heute leben hier hunderttausende Künstler und Kreative. Sie schaffen ganz neue Perspektiven für mehr Lebensqualität in der ganzen Region.

Ich nenne nur die Kreativquartiere, die jetzt im Rahmen der Kulturhauptstadt Essen entstehen. Sie bieten Künstlern und Kreativen aus ganz Europa einen bezahlbaren Wohn- und Wirkungsraum. Durch ihre Arbeit werden sich diese Quartiere verändern. Es wird ein neues kreatives Milieu geschaffen. So entstehen lebendige Stadtviertel. Das ist gut für alle Menschen, die hier leben. Wir wollen, dass solche Kreativquartiere ab 2011 im ganzen Land entstehen. Das Land unterstützt das nach Kräften.



Viel zu lange sind Kunst und Kultur nur als eine Art Luxus verstanden worden. Aber Kunst und Kultur sind es, die das kollektive Bewusstsein verändern. Unsere Sichtweisen. Unser Denken und Empfinden. Kunst und Kultur brauchen ein Klima, um zu gedeihen. Hier ist auch und gerade der Staat gefordert. Er darf sich seiner Verantwortung nicht entziehen. Er muss Kulturstaat sein. Und Kulturstaat bleiben.

Die Zukunft gehört den ökologischen Industrieregionen

Die zweite Lehre des letzten Jahrzehnts ist: Wir müssen Industrie und Ökologie miteinander verbinden. In der Verbindung von Ökonomie und Ökologie liegen die großen Innovationen des 21. Jahrhunderts. Die Zukunft gehört den ökologischen Industrieregionen. Wie Nordrhein-Westfalen. Auch dazu nur ein Beispiel, um zu illustrieren, wie das aussehen kann. Vor wenigen Tagen habe ich zusammen mit dem Initiativkreis Ruhr den Startschuss für eine Innovation City in der Metropole Ruhr gegeben: Für einen Stadtteil mit rund 50.000 Menschen, der Maßstäbe setzen wird. Für umweltbewusstes Leben und energieeffizientes Wirtschaften. Ziel ist eine umweltfreundliche Industriemetropole: Nicht auf der grünen Wiese, sondern mitten im Zentrum. Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Stadterneuerung mit High Tech und Bürgernähe zu verbinden – dieses Projekt ist in dieser Form einmalig in Europa.

Wir brauchen faires Wachstum

Und noch eine dritte Lehre müssen wir beherzigen: Wir brauchen mehr Solidarität, nicht weniger. Um die Einheit der Gesellschaft zu bewahren. Und das geht nur mit Wachstum. Aber es muss faires Wachstum sein. Die Erfahrung der letzten Jahre war, dass Wachstum zu ungleich verteilt war. In den USA hat der Turbokapitalismus der letzten Jahre dazu geführt, dass 1 Prozent der Amerikaner mehr als 21% des Gesamteinkommens verdient. Während das mittlere Einkommen kaum über dem von 1970 liegt. Bei uns ist es nicht ganz so krass, aber die Tendenz geht

dahin. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Gesellschaft immer mehr zerfällt. Dass zu viele zu wenig bekommen und zu wenige zu viel.

Faires Wachstum heißt, die öffentlichen Haushalte wieder in Ordnung zu bringen. Denn zu hohe Schulden bremsen Wachstum aus. Die Schuldenbremse im Grundgesetz ist der richtige Weg. Denn wir dürfen unseren Kindern keine Schuldenberge hinterlassen.

Faires Wachstum heißt, Arbeitsplätze zu sichern. Das ist ein Markenkern der Sozialen Marktwirtschaft. Trotz Krise sind heute in Nordrhein-Westfalen immer noch knapp 227.000 Menschen weniger arbeitslos als im Mai 2005. Weil die Unternehmer alles dafür getan haben, um ihre Mitarbeiter zu halten. Weil die Gewerkschaften und die Arbeitgeber an einem Strang gezogen haben. Weil die Arbeitnehmer zu Verzicht bereit waren. Und weil der Staat helfend eingegriffen hat. Fast 15.000 Firmen in Nordrhein-Westfalen haben im letzten Jahr Kredite oder Bürgerschaften bekommen. Damit konnten Tausende Arbeitsplätze gesichert werden. Damit sind wir besser durch die Krise gekommen als die Länder, die sich dem Turbokapitalismus verschrieben haben. Das ist das, was man im Ausland das deutsche Wunder nennt. Darauf sollten wir stolz sein. Das dürfen wir nicht aufgeben.

Faires Wachstum heißt: Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Das heißt auch, den solidarischen Sozialstaat zu bewahren. Leistung muss sich lohnen. Aber jeder, der sich selbst nicht helfen kann, muss sich auf den solidarischen Sozialstaat verlassen können.

Jeder muss mithelfen, die Krise zu überwinden

Wir werden die Krise überwinden, wenn jeder seinen Teil dazu beiträgt. „Du selbst musst die Veränderung sein, die Du in der Welt sehen willst.“ Hat Gandhi gesagt. Vielleicht sollten wir das als eine Art Motto nehmen – für die Diskussion morgen, aber auch darüber hinaus. Und darauf vertrauen, dass wir Zukunftsland sind.

Qualität statt Quotengier

Dr. Dieter Wedel





**Herr Ministerpräsident,
meine Damen und Herren,**

„Sie kommen vom Fernsehen, welch' ein Zufall. Auch ich war immer schon Fernseher“ – mit diesen Worten begrüßte vor gut einem halben Jahrhundert der Schriftsteller Alfred Kubin einen Kollegen von mir, der ihn aufsuchte, um einen Film über ihn zu drehen. Der freundliche Pfarrer, der die Begegnung vermittelt hatte, korrigierte sofort leise: „Herr Kubin weiß eigentlich gar nicht so genau, was Fernsehen ist.“ Aber der über Achtzigjährige beharrte: „Ich war immer ein Fern-Seher. Ich habe ins Weite geschaut – und was dahinter ist.“ Ein freundlicher Hinweis, dass da einer in Eigenleistung erbracht hatte, was er für die Aufgabe des Fernsehens hielt. Nun hat das Fernsehen bekanntlich das Fernsehen nicht erfunden. Es hat sich nicht einmal darum bemüht. Vielleicht ist das auch gar nicht seine Aufgabe. Trotzdem ist mir der Satz des alten Herrn nicht aus dem Kopf gegangen: „Ich war immer schon Fern-Seher. Ich habe ins Weite geschaut – und was dahinter ist.“

Die Welt ist aus den Fugen; die Gesellschaft hat ihre Mitte verloren, und im Fernsehen scheint belanglose Zerstreung Hochkonjunktur zu haben. Die Zuschauer entscheiden sich dafür und schalten ein. Manchmal schimpfen sie über den Mist und schalten dann trotzdem ein. Dem Abbild einer immer komplizierteren Wirklichkeit entziehen sich augenscheinlich viele Zuschauer durch eine Flucht in eine TV-Traumwelt. Das ist ihr gutes Recht. Bleibt abzuwarten, ob sie in den gegenwärtigen Krisenzeiten nach noch mehr Betäubung verlangen oder irgendwann die Umkehr erzwingen.

Als ich diesen Text notierte, wurde mir klar, wie schwer es ist, über die eigene Arbeit zu berichten und sie zu beschreiben. Das hat etwas so peinlich Indiskretes, wie in aller Öffentlichkeit von einer stürmischen, von heftigen Krisen geschüttelten, aber dennoch großen Liebe zu sprechen. Zumal diese Arbeit ja eigentlich ein ganz nutzloses Tun ist – allerdings zwingend und beglückend dann, wenn



Dr. Dieter Wedel, geboren 1942 in Frankfurt am Main, deutscher Regisseur und Autor. Studierte Theaterwissenschaften, Publizistik und Geschichte an der Freien Universität in Berlin. Promotion zum Dr. phil. über das Thema: „Expressionismus an Frankfurter Bühnen“. Als Fernsehregisseur machte er sich einen Namen mit aufwendigen Mehrteilern. Seit 2002 leitet Dieter Wedel die Nibelungenfestspiele in Worms. Ein politischer und sozialkritischer Bezug gehört zu den Markenzeichen der stets ein breites Publikum erreichenden und schauspielerisch hochkarätig besetzten TV-Produktionen Dieter Wedels. Insbesondere sein jüngster Film „Gier“ führt jene Entwicklungen im Bereich der Finanzspekulationen filmisch vor Augen, die maßgeblich zur Wirtschafts- und Finanzkrise beigetragen haben.



sie etwas zu erzählen vermag vom Wesen des Menschen und seiner ganz persönlichen, kleinen Welt.

Wo immer menschliches Bemühen im Spiel mündet – ob am Theater, im Film oder Fernsehen – beginnen Magie, Beschwörung und Verzauberung. Andere folgen dem Spiel, es bannt ihr Interesse und zwingt sie, wenn es denn gelingt, zur innigsten Anteilnahme. Die Zuschauer fangen an, sich mit den Spielern zu identifizieren, mit ihnen zu fühlen, zu bangen – und – höchstes Gelingen – etwas von sich selbst in ihnen wieder zu erkennen.

Vermutlich sind wir alle in diesem Beruf – Autoren, Regisseure, Intendanten, Programmplaner –, weil wir uns nach etwas Unerfülltem sehnen, weil wir vielleicht an einem kaum gedachten, nie ausgesprochenen Heimweh kranken nach einer anderen Welt, in der Schönheit und Gerechtigkeit und Toleranz neben Aufgeschlossenheit und Wohlstand ihren Platz haben. Und nicht nach anderen Menschen – wer möchte sich schon anmaßen zu wissen, wie die zu sein haben!? –, aber nach einem veränderten Klima, das die Seelen berührt, einer besseren Luft, in der Menschen verständnisvoller miteinander umgehen, eine Welt, der wir uns mit unserer Arbeit zu nähern versuchen, aber die, so hat man in jüngster Zeit immer öfter den Eindruck – wie eine Luftspiegelung in immer weitere Ferne dahinschwindet. Ich liebe das Kino. Ich liebe das Theater und habe in den Jahrzehnten, die ich jetzt als Regisseur tätig bin, auch immer wieder dafür gearbeitet; aber vor allem bin ich ein Geschichtenerzähler im Fernsehen.

„Spiegel“ zu sein, „die abgekürzte Chronik des Zeitalters“, hat einst Hamlet den Schauspielern aufgegeben, und das sollte auch unsere Aufgabe sein: die Zuschauer zu unterhalten, ohne sie zu zerstreuen, sie eine Welt erleben zu lassen, die sie zu kennen glauben und von der sie dann doch noch einiges erfahren, was sie bisher nicht wussten; bevölkert von Menschen, die ihnen vertraut erscheinen und sich plötzlich anders verhalten, als sie es erwarten. Und plötzlich nehmen sie Anteil an ihren Verknüpfungen. Die Welt öffnet sich.

Mit Aufgeschlossenheit des Geistes und des Herzens, mit Anschauungskraft und Gestaltungsfreude, mit lebendigem, bejahenden Umfassen- und Begreifenwollen der Welt sollten wir mit so klaren, leidenschaftlich nüchternen und lebensfrohen Augen blicken können auf die Dinge wie Cézanne auf seine Äpfel und Birnen. Wir alle wissen, dass Phantasie imstande ist, Welten zu öffnen und helfen kann, die Schwere des Daseins zu ertragen und zu bewältigen.

Aber wie das Wunder des alltäglichen Lebens beschreiben? Wie erzählen von den Schwächen der Menschen, ihrer Verführbarkeit, ihren Sehnsüchten und Ängsten? – Möglichst einfach und unmittelbar und unverfälscht und ohne falsche Rücksichtnahme – klar! Aber das Problem ist: im Leben wird nun mal nicht in jeder Minute geschossen, eine Liebeserklärung gemacht und man sagt auch nicht alle paar Sekunden ein paar gescheite Sachen. Die Menschen essen, trinken, schlagen sich durch's Dasein, reden recht häufig dummes Zeug, und während sie das tun, fügt sich ihr Glück und zerschlägt sich ihr Schicksal. Nie darf sich unsere Arbeit – ob am Theater, beim Film oder Fernsehen – reduzieren auf eine Eins-zu-Eins-Wiedergabe der Wirklichkeit, sie ist immer Verwandlung. Indem der Künstler, ob er nun Schauspieler ist, Autor, Regisseur, Maler oder Bildhauer, den natürlichen Stoff anrührt, mit dem er arbeitet, muss sich der Stoff unter seinen Händen verwandeln und jene Form annehmen, in der sich jene göltige Beispielhaftigkeit entwickelt, die das Wesen einer künstlerischen Arbeit ausmacht. Deshalb kann kein Bereich unserer Tätigkeit bloß „natürlich, dokumentarisch, brav recherchiert“ sein.

Wirklich gelungen scheint mir eine Arbeit nur dann, wenn sie – aus ihrer jenseitigen Verwandlung zurückkehrend – die Selbstverständlichkeit der Natur annimmt – ohne platt naturalistisch zu sein, da sie noch immer vom Atem einer anderen Welt bewegt wird. „Réaliser“ – verwirklichen – nannte Cézanne das, was einem Künstler nur in den seltenen, den ganz begnadeten und den schwer zu erstrotzenden Werken seiner Lebensarbeit gelingt. Es sind Werke, die dem Über-Wirklichen am nächsten kommen.



Nach Ausstrahlung meines letzten Films „Gier“ bin ich häufig gefragt worden, wie es möglich war, dass ich zwei Jahre vor Ausbruch der großen Finanzkrise mich schon mit dem Thema befasst hatte?

Erfolg definiert sich zunehmend über Zahlen

Leider verfüge ich nicht über hellseherische Fähigkeiten, aber die Veränderungen unserer Welt, unserer Gesellschaft hatte ich wahrgenommen: der Preis einer Sache war plötzlich wichtiger als ihr Wert; die glänzende Verpackung interessierte mehr als der Inhalt. Erfolg definiert sich zunehmend über Zahlen, über Auflagenhöhe einer Zeitung oder eines Buches, nicht über deren Qualität und Inhalte, über die Einschaltquote einer Fernseh-Sendung oder die Besucherzahl eines Kinofilms. Öffentlich-rechtliches und kommerzielles Fernsehen immer wieder gegeneinander auszuspielen und sich über die Unterschiede zwischen beiden Systemen hinwegschwindeln zu wollen, halte ich für fragwürdig und ärgerlich. Kommerzielles Fernsehen muss Denken in Ware sein, Show-Business, das Bemühen, mit dem geringstmöglichen Programm-Einsatz den grösstmöglichen Profit zu machen. Ein Film dient vor allem der Überbrückung von einer Werbeinsel zur nächsten.

Öffentlich-rechtliches Fernsehen dagegen ist, wenn es sich nicht als Kulturgut versteht, ein Missverständnis. Man kann nicht einfach zu den Leuten hingehen und fragen, was wollt Ihr sehen, wenn das, was sie vielleicht wirklich sehen wollen, etwas ist, was sie bislang noch nicht gesehen haben. Wie sollen sie dann darüber Auskunft geben?

So wie ein Politiker an Glaubwürdigkeit verliert, wenn er sich nur noch nach Umfragen richtet, so verliert ein Geschichtenerzähler an Glaubwürdigkeit, wenn er vor lauter Beflissenheit, nur ja den Zuschauergeschmack zu treffen, vergisst, warum er seine Geschichte überhaupt erzählen wollte. Manche Bereiche unserer Gesellschaft scheint die Sorge um Glaubwürdigkeit, um einen tadellosen Ruf nicht mehr zu quälen, sonst würde sich doch zum Beispiel die Finanzwelt wohl kaum so ungeniert über das Urteil der Restwelt hinweg-

setzen. Die wechselseitige Entfremdung hat zur Ersetzung von Parallel-Welten geführt; die Kluft zwischen einer Unterschicht, die diktatorisch über Arbeitsplätze verfügt, und dem Rest der Menschheit scheint unüberbrückbar.

In journalistischen Beiträgen, in Talkshows, gelingt es Vertretern der Finanzwelt zwar noch, dem Rest der Gesellschaft klarzumachen, wie unentbehrlich sie sind, weshalb sie unbedingt mit dem Geld des Staates gerettet werden mussten, aber das Vertrauen ist verspielt; der Respekt ist dahin. Vielleicht dämmert es irgendwann denen, die da schon wieder so vergnügt und besinnungslos beim Tanz ums Goldene Kalb mithüpfen, dass sie mehr verloren haben, als noch so gigantische Bonuszahlungen aufzuwiegen vermögen. Das Wort „Sünde“ scheint mittlerweile aus unserem Sprachgebrauch verbannt; es sei denn, eine Kirchenvertreterin setzt sich alkoholisiert ans Steuer ihres Autos – da sind die Sittenwächter und Pharisäer natürlich gleich auf den Barrikaden, und die selbstgerechte Empörung klingt ebenso verlogen wie das anschließende Mitgefühl. Wenn von Sünde gesprochen wird, dann eher anerkennend: eine Sache oder eine Person ist „einer Sünde wert.“

Menschen fürchten nicht mehr Verdammnis und Hölle

Nach christlicher Definition vergeht sich ein Sünder nicht nur an seinen Mitmenschen, sondern auch an Gott. „Ohne den Gedanken an Gott ist dauerhaftes moralisches Handeln nicht möglich“, meinte Immanuel Kant. Aber wer an keinen Gott mehr glaubt und keine Strafe fürchtet, sieht auch keine Veranlassung zur Mässigung und anständiger Lebensführung. Die Menschen fürchten nicht mehr ewige Verdammnis und Hölle. Geiz ist längst keine Todsünde mehr, sondern einfach nur geil; der „sündige Karneval“ kein Ausnahmezustand mehr, sondern eine Dauer-Veranstaltung kommerzieller Fernsehsender; der Neid ist zur aufrichtigsten Form der Anerkennung verkommen.

Zweifellos am salonfähigsten von allen Todsünden ist die Habgier. Salonfähig, weil Habgierige schwer zu enttarnen sind. Auf den ersten Blick wirken sie so tüchtig, ausgeschla-



fen, clever. Und ist Gier nicht der Motor, die Antriebskraft unserer Wirtschaft? Schön, die Gier hat gerade fast die ganze Welt gegen die Wand gefahren, aber war das nicht eher ein Unfall? Ein nicht zu verhindernder Schicksalsschlag?

Es ist doch nichts einzuwenden gegen normales Besitzstreben. Ermahnt nicht die Bibel die Tüchtigen, doch gefällt mit „ihrem Pfund zu wuchern“? Und wo verläuft die Grenze zwischen der Verfolgung gesunder Eigen-Interessen, die die Gesamtwirtschaft ankurbeln, und der Raffgier, die sie bedroht und zerstört?

Grossmäulige Vermögensberater, kaltschnäuzige Hochstapler wie Jürgen Harksen – einem der Vorbilder für die Hauptfigur meine Films „Gier“ – oder auch der absolute Weltmeister der Betrüger – Bernie Madoff – konnten sich getrost auf die Habgier ihrer Kundschaft verlassen.

Natürlich waren sie selbst auch habgierig und verprassten das Geld ihrer Anleger, die sich über die Großzügigkeit ihrer Gastgeber wunderten, ohne sich klarzumachen, dass sie es waren, die diese Großzügigkeit finanzierten. Anbetend und blind gläubig folgten sie ihrem Guru, stolz, zum auserwählten Kreis seiner Jünger zu gehören. Die Geprellten standen Schlange, um sich ausnehmen zu lassen. Erfolgreiche Geschäftsleute, bekannte Künstler, Journalisten, Banker, reiche Erben, wohlhabende Pensionäre, die ihre Altersbezüge etwas aufstocken wollten, sie alle glaubten den aberwitzigsten Rendite-Versprechungen, angetrieben alle von derselben Motivation: sie wollten mehr, als sie schon hatten. Genug ist zu wenig.

Bei meinen Recherchen gestand mir ein sehr erfolgreicher Unternehmer, ganz begriffen habe er die Geschichte von dem sagenhaften Investment des Jürgen Harksen nie: Aber er habe nicht nachfragen wollen; wer steht schon gern als begriffsstutzig da, als einer, der neue, kühne Finanzkonstruktionen nicht durchschaut. Um Harksen waren ja immer so viele kompetente Leute; bestimmt hatten die nachgefragt, alles genau überprüft und begriffen. Wenn die ihm also vertrauten, war doch jeder Zweifel überflüssig. Also konnte man sich getrost beteiligen.

Hauptsache, man war beim großen Reibach dabei. Anders ist es vermutlich bei den Landesbanken, als die ins Desaster steuerten, auch nicht zugegangen.

Wir ahnen das Kommende, aber wir wissen es nicht. Wer hätte schon den törichten Mut, zu glauben, dass die Grundfesten der Welt erschüttert werden, und Theater und Fernsehen vermöchten vorauszusehen, was sein wird. Noch weiß das niemand. Auch nicht Politiker. Die Krise hat nur mal wieder gezeigt, wie fragwürdig Prognosen sind. Die haben eine ähnliche Trefferquote wie früher die Wahrsagerei. Ganz sicher vermag Kunst keinen Ausweg zu weisen aus Krisenzeiten, aber sie sollte auf der Suche nach Auswegen begleiten, auf der Suche nach einer neuen Werteskala, ohne die eine Gesellschaft ihre Mitte verliert.

Eigentlich ist ja gar nichts einzuwenden gegen heitere Zerstreuung, Heile-Welt-Geschichten, Krimis, Familienschnulzen und Albernheiten. Zuschauer haben ein Recht, sich am Ende eines von Problemen und Sorgen belasteten Tages in eine andere, bessere, heitere Welt entführen zu lassen. Es kommt nur, meine ich, auf die Dosierung an.

Den zuweilen bequemen Zuschauer zum Glück zwingen

Problematisch ist ja nicht, wenn uns belanglose Themen heiter zerstreudend dargeboten werden, problematisch wird es, wenn jedes Thema zunehmend zur belanglos heiteren Zerstreuung verkleinert wird, und die Anforderungen an das Auffassungsvermögen des Zuschauers immer minimaler werden. Sind Fernsehanstalten Dienstleister, die bereitwillig dem Massengeschmack nachzugeben haben, weil sie ja von den Gebühren dieser Masse finanziert werden? Oder umgekehrt: sind sie so etwas wie eine Kontrollinstanz, die die zuweilen trägen und bequemen Zuschauer zu ihrem Glück zwingen?

Auch auf die Gefahr hin, dass ich nur das wiederhole, was Sie von mir schon in irgendeiner Talkshow gehört haben: Wenn einer zu faul zum Kauen ist, muss man ihn hin und wieder zum Kauen zwingen, statt ihm nur Breichen zu ser-



vieren, weil ihm sonst irgendwann die Zähne ausfallen. Aber was ist, wenn die Zuschauer nicht folgen? Hat der Konsument immer recht? Mit dem Rechthaben ist das ja so eine Sache.

Das erinnert mich an einen jüdischen Witz. Ein Kaufmann beklagt sich beim Rabbiner über seinen betrügerischen Teilhaber. Der Rabbiner hört aufmerksam zu und sagt schließlich: „Du hast recht.“ Am Nachmittag erscheint der Teilhaber und schildert ihm denselben Sachverhalt aus seiner Sicht. Der Rabbiner wägt das Gehörte und entscheidet zuletzt: „Du hast recht.“

Die Frau des Rabbiners, die vom Nebenzimmer aus alles mit angehört hat, stellt ihren Mann zur Rede: „So geht das nicht: entweder hat der eine recht oder der andere; beide können doch nicht gleichzeitig recht haben.“ Daraufhin schaut der Rabbiner seine Frau an und sagt: „Du hast auch recht.“

Wie aussagekräftig war es beispielsweise für die Malerei, dass über viele Jahrzehnte lang in zahlreichen deutschen Wohnzimmern kaum ein anderes Motiv häufiger hing als der röhrende Hirsch? Soll man daraus schließen, dass nun dieses Gemälde mit der idyllischen Waldlichtung und dem röhrenden Hirsch in der Mitte das beste Bild überhaupt ist, dass es Maßstab werden muß für Malerei schlechthin, weil es nun mal am häufigsten gekauft und aufgehängt wurde? Oder läßt sich etwa mit der Beliebtheit der Volksmusik gegen die teure, hochsubventionierte Oper argumentieren?

Huxley hat die schreckliche Vision beschrieben, dass in der „Schönen neuen Welt“ die Menschen nicht daran leiden, dass sie sich nur noch amüsieren, statt nachzudenken, sondern dass sie nicht mehr wissen, worüber sie sich eigentlich amüsieren und wann sie aufgehört haben nachzudenken.

In diesem Alptraum wäre auch – ich will mal ins Extrem gehen – unser Gesellschaftssystem gefährdet, denn wenn Demokratie nur funktioniert, solange Menschen sich unabhängig und frei eine eigene Meinung bilden, und die bei Wahlen dann zum Ausdruck bringen, was passiert, wenn eine zu-

nehmend wachsende Mehrheit weder daran interessiert noch imstande ist, sich eine eigene Meinung zu bilden? Das Fernsehen ist im Augenblick mit den vielleicht gewaltigsten Herausforderungen und Veränderungen seit seiner Erfindung konfrontiert: es verliert zunehmend Zuschauer an das Internet, die Sendeanstalten verlieren die Programmhoheit über den Fernsehabend; das gemeinsame Fernseherlebnis, das tags zuvor und danach noch Gesprächsstoff lieferte, wird immer seltener. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen zappen Zuschauer im Schnitt alle 10 Minuten weg, auch, wenn ihnen ein Film gefällt, bloss um sich zu vergewissern, was sie gleichzeitig auf anderen Kanälen versäumen.

Da haben es Filmregisseure im Kino besser; die können sich darauf verlassen, dass ihre Zuschauer die beim Kartenkauf einmal getroffene Entscheidung in der Regel auch aussitzen.

Mit ähnlichen Veränderungen wie das Fernsehen ist eine von signifikantem Personalabbau bedrohte Presse konfrontiert. „Kritiker und Zeitungen leiden heute genau unter dem Quotendruck, den sie so gerne beklagen, wenn sie die Pilcherisierung des Programms anprangern. Sie selbst müssen ihre Kritiken als Events anlegen, sie müssen auf Teufel komm raus unterhalten, sie sind vielfach eher Entertainer als Kritiker; sie verhalten sich zu ihrem Gegenstand wie Dieter Bohlen sich zu den Kandidaten seiner Casting-Show verhält, sie klopfen Sprüche“, so der vom Adolf-Grimme-Institut in diesem Jahr ausgezeichnete Journalist Torsten Körner. Mit Betroffenheit beschreibt da ein Journalist, wie inzwischen Häme und Bösartigkeit unter seinen Kollegen zum normalen Umgangston geworden sind. Vielfach scheint es nicht mehr um eine Sache zu gehen, sondern nur noch darum, eine Sache niederzumachen; so, als wären alle von einer Art „Bohlen – misierung“ befallen. Wie ist es denn zu bewerten, meine Damen und Herren, wenn eine bislang seriöse Zeitung über die letzte „Wetten-dass“-Sendung berichtet und Thomas Gottschalk mit seinen Gästen Sophia Loren und Kevin Costner als „Gammelfleisch“ auf



der Couch bezeichnet? Gammelfleisch! Wo endet das? Und wann? Anstand, gegenseitiger Respekt, Achtung vor einer Lebensleistung sind offenbar auf der Strecke geblieben. Nicht mehr die Berichterstattung über ein Ereignis scheint im Vordergrund zu stehen, sondern die Skandalisierung dieses Ereignisses. Ob in der Politik, in den Medien – Hauptsache, jede Woche wird eine neue Sau durch's Dorf getrieben.

Neulich hat mich ein Schauspieler gefragt: „Sind die anständigen Zeiten vorbei? Oder muss man nur ein paar Jahre abwarten, um wieder anständige Zeiten zu erleben?“ „Die kommen nicht mehr“, seufzte ein anderer, und ich sah plötzlich die ungeheuere Traurigkeit in seinen Augen. Die beiden sprachen nicht von Rekordverschuldung oder Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Es waren Schauspieler über 60, Gammelfleisch! Die Welt, die sie geliebt haben und in der sie geliebt wurden, ist unwiderbringlich dahin. Und zu dem, was kommt, möchten sie gar nichts mehr beitragen. Gammelfleisch!

Gammelfleisch – Was ist der normale Umgangston?

Ihre Worte werden nicht mehr gehört. In keiner Sprache. Sie sind heimatlos, vertrieben von den Altersrassisten, denen es an Phantasie fehlt, sich vorzustellen, dass sie selber mal alt werden könnten, wenn sie denn nicht vorher sterben. Niemand hat meines Wissens nach gegen die Formulierung „Gammelfleisch“ protestiert. Wer möchte auch Gottschalk verteidigen? Er ist ja im Quotientief. Dass er gegen die Olympiade mit besonders spannenden Schlusskämpfen antreten musste und auch Bohlen deswegen Zuschauer einbüßte: wen interessiert's? Nicht Bohlen – Gottschalk hat den Makel des fast Sechzigjährigen!

Gammelfleisch im Quotientief! – Da bleiben viele doch lieber auf sichere Distanz zum Attackierten. – Aber soll das unter dem Druck der Krise normaler Umgangston werden? Oder die als völlig berechtigt bezeichnete Bspitzelung von Politikern und Personen des öffentlichen Lebens? Das alles entsteht auf dem selben verseuchten Boden.

Bekanntlich stecken auch renommierte, überregionale Zeitungen gegewärtig in den roten Zahlen. Niemand weiss, wann sich das ändert. Ob überhaupt. In den Sturmfluten der großen Krise ringen viele Journalisten ums Überleben und um ihren Job. Kann man denen überhaupt noch Verständnis, den unbestechlichen Blick auf die Zeitläufte und unvoreingenommene Stellungnahme abverlangen? Vielleicht benötigt anständiger Journalismus irgendwann ähnlichen staatlichen Schutz, wie ihn die Banken unlängst erfahren haben. – Unter dem Druck der großen Krise müssen offenbar Qualitätsansprüche immer mehr der Kostennutzungs-Rechnung weichen: was kostet ein Artikel, was bringt er? Immer mehr Zeitung soll von immer weniger Journalisten hergestellt werden.

Ähnlich wie beim Fernsehen – immer mehr Programm in immer kürzerer Zeit von immer weniger Mitarbeitern. Da ist Differenzieren ein mühseliges, zeitraubendes Geschäft. Es verreisst sich halt unterhaltsamer. Und vor allem schneller. Aber gilt denn nicht auch heute noch der Satz Hölderlins: „Die Zeit ist buchstabengenau und allbarmherzig.“ Buchstabengenau! Es wird alles verzeichnet, es bleibt nichts ungewogen; jegliches wird durch die Zeit in die rechte Ordnung versetzt. Die grausame Zeit ist zugleich allbarmherzig.

Jede Szene, die das Licht der Scheinwerfer beleuchtet – ob im Film oder auf der Bühne – ist ein Risiko. Die Arbeit von Theater- oder Filmregisseuren ist angreifbar; ihre Fehler und Irrtümer sind weithin sichtbar. Ähnlich wie die von Politikern. Wer auf Nummer sicher gehen will, gehört nicht in diese Berufe. Aber wenn die Flut des Geschriebenen, die permanente Meinungs-Diarrhö, unter der unsere Gesellschaft leidet, weiter durch Online-Angebote ins Unermessliche steigt, wenn Journalisten bei dem mörderischen Druck, dem sie unterworfen sind, kaum noch Zeit zur Besinnung bleibt, wenn kaum noch stört, dass einer den Takt vorgibt und die Tonart, und zahllose andere von ihm abschreiben, wenn Wohlwollen, Mitgefühl und Zärtlichkeit nicht mehr zählen, Meinungen so schnell wechseln wie die Windrichtung, das Gerechte ins Selbstgerechte mutiert,



das wägende Urteil, wenn es denn opportun erscheint, ganz schnell in den Verdammungsspruch, dann darf die zunehmende Wirkungslosigkeit von Geschriebenem auch nicht verwundern? Bleiben nicht Bereitschaft zum Verstehen, die unvoreingenommene Berührung mit der Welt, mit der leibhaftigen Wirklichkeit, die milde Leuchtkraft von Güte und Menschlichkeit, weit mehr im Gedächtnis als Kaltherzigkeit, Wut und Bitterkeit?

Wenn bei Olympischen Spielen nur noch der Sieg zählt, wenn die Geschichte hinter der Geschichte niemanden mehr zu interessieren scheint, das Begreifenwollen und Durchdringen einer Niederlage, die Kraft, sich wieder aufzuraffen, trotz allem, mit nicht erlahmender Leidenschaft, wenn Verlierer gedankenlos beiseite geschoben werden, weil eigentlich nur Gold zählt, Gold, die Goldmedaille, dann ist Menschlichkeit längst an der Garderobe abgegeben worden und Mitgefühl auf der Strecke geblieben.

„Nein“, sagt der Zwerg im „Rumpelstilzchen“ der Brüder Grimm – „lasst uns vom Menschen reden. Etwas Lebendiges ist mir lieber als alle Schätze der Welt.“ Vom Menschen, seinen Irrtümern, seiner Kraft, seinen Niederlagen. Dostojewski hat die Chance von Niederlagen gepriesen: ein Apfel, der am Baum hängen bleibt, verfault am Ast, aber aus dem Apfel, der herunterfällt, auf den Boden, wächst womöglich ein neuer Baum.

**„Karriere“ ist etwas Vordergründiges,
„Entwicklung“ ist das Wesentliche**

„Karriere“ ist etwas Vordergründiges. „Entwicklung“ ist das Wesentliche, sowohl im künstlerischen Schaffen wie im Leben. Entwicklung. Metamorphose. Gestaltwerdung. In seiner endgültigen Gestalt ist ein Geschöpf nicht nur zeugungsfähig, sondern zugleich zum Tod verurteilt. Jeder Schritt zur Reife bedeutet einer von vielen Schritten zum Tod, der für diejenigen, die nicht wie die Austern dahindämmern, eine Mündung ist in ein womöglich verwandeltes, erhöhtes Leben, ein Schritt über die Existenz hinaus ins Allgültige, Allverbindliche.

„Weisheit“ ruht im Grundwasser der Seele

„Weisheit“, sagt Zuckmeyer, „steigt nicht mit dem Springbrunnen des Intellekts empor, sie ruht im Grundwasser der Seele.“ Glauben wir an den Zufall, dem man gewöhnlich das Adjektiv „blind“ beifügt, oder doch lieber an eine Schöpfungsmacht, an einen kosmischen Schöpfungsprozess, der es auf den Menschen abgesehen hat? „Möge es so sein oder nicht so sein – es wäre gut, wenn Menschen sich benehmen, als wäre es so.“ Dieser Satz ist von Thomas Mann.

Mir ist schon klar, dass heutzutage kein Unternehmen mehr überleben kann ohne Berücksichtigung ökonomischer Gesichtspunkte. Aber eine Gesellschaft, in der der Wert des Menschen nur noch nach der Dicke seiner Brieftasche gemessen wird, steuert, fürchte ich, genau auf jenen Abgrund zu, an den Finanzmärkte die Welt manövriert haben, als sie jahrelang nur noch auf glänzende Verpackung schauten und nicht mehr auf Inhalte. Das Versprechen „hic tua res agitur“, „Hier wird deine Sache abgehandelt“ – bei alten Theatern noch über dem Portal in Stein gemeißelt – sollten wir zu erfüllen versuchen, ob wir nun Film machen oder Fernsehen oder Theater.

Die Wünsche der Menschen nach Erheiterndem und Entspannendem, aber auch nach Erhebendem und Fordernendem gilt es wahrzunehmen, gegen das Publikum geht auf Dauer gar nichts, aber wir dürfen es herausfordern, genauso wie wir uns selbst herausfordern, damit wir beweglich bleiben und uns entwickeln können, Schauspieler, Regisseure, Autoren und ihre Zuschauer, damit wir uns gegenseitig bewahren vor Abnutzung und Erstarrung. Und ganz sicher gilt das auch für Politiker und ihre Wähler. Wenn ich persönlich irgendwann nach Sinn und Zweck meiner Arbeit befragt, antworten dürfte: „Ich habe versucht, fern-zu-sehen – ins Weite zu schauen – und was dahinter ist“, wäre ich zufrieden.

Soziale Marktwirtschaft – Ein Modell für ganz Europa? Jean-Claude Juncker





**Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, lieber Jürgen,
Eminenz, Exzellenzen,
lieber Herr von Dohnanyi,
meine Damen und Herren,
liebe Freunde!**

Ich bin sehr froh, dass ich heute Morgen nach Bonn kommen durfte, um an dieser Petersberger Convention teilzunehmen.

Mein Thema lautet: Rheinischer Kapitalismus/Soziale Marktwirtschaft – Modell für Europa? Schon alleine die Interpunktion des Titels meines Vortrages zeigt Ihnen, dass das, was hier von mir erwartet wird, nicht zu leisten ist, weil der Ministerpräsident mir angedeutet hat, mir stünden dafür genau 30 Minuten zur Verfügung und die bräuchte ich eigentlich zur Einleitung in das Thema. Deshalb muss ich das hier im Sauseschritt und in einem infernal Rhythmus bewerkstelligen.

Um mir und Ihnen den Vortrag einfach zu machen, untersuche ich nicht, was denn der Unterschied sein könnte zwischen Rheinischem Kapitalismus und Sozialer Marktwirtschaft. Ich dekretiere einfach apodiktisch, dass das genau dasselbe ist, dann brauchen wir diesen verschlingenden Zeitaufwand nicht zu leisten.

Soziale Marktwirtschaft ist ein unkontroverses Thema gewesen. Eigentlich fast eine Lehrformel, denn die Soziale Marktwirtschaft als Konzept ging auf oder ging unter in einem etwas breiigen Konsens aller relevanten Akteure der Volkswirtschaft und in diesem breiigen Konsens aller Debattierenden in unseren öffentlichen Debatten. Deshalb war es auch nicht verwunderlich, dass es den Vätern des Lissabonner Vertrages ohne größeren Kampf gelang, die Soziale Marktwirtschaft als eine der Zielsetzungen der Europäischen Union in den Artikel 2 des Lissabonner Vertrages festzuschreiben zu lassen. Das hat zu keinen größeren Kontroversen geführt. Einige britische Zwischenrufe waren schnell beantwortet und dann war die Soziale Marktwirtschaft zum Ziel der Europäischen Union erklärt worden.



Jean-Claude Juncker, seit 1995 Premierminister Luxemburgs sowie Staats- und Schatzminister. Geboren 1954 in Redingen, Luxemburg. Als Mitglied der Christlich Sozialen Volkspartei (CSV/PCS) führte er seit 1995 unterschiedliche Regierungen an. Schwerpunkt der Arbeit des Gouverneurs des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ist seit jeher der Bereich Arbeit und soziale Sicherheit. Als luxemburgischer Minister für Arbeit und Finanzen und Vorsitzender des Rates Wirtschaft und Finanzen gestaltete der Jurist maßgeblich die Maastrichter Verträge der EU von 1992 mit. Seit 2004 amtiert er als ständiger Vorsitzender der Euro-Gruppe. Viele internationale Preise, darunter der Aachener Karlspreis, unterstreichen die Verdienste Junckers um die europäische Integration und das gemeinsame Zusammenleben in Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa.



Lehrformel habe ich gesagt, weil man die letzten beiden Jahrzehnte wenig Zeit darauf verwendete, über die Intensität dieses Begriffes nachzudenken, denn man hielt sich eigentlich an die illustren Vorgaben, nicht weniger illustren Vordenker wie Müller-Armack, der einfach die Soziale Marktwirtschaft zu einer Art dritten Weg zwischen Liberalismus und Planwirtschaft erklärt hatte. Gewissermaßen als ein Instrumentarium zur Zähmung des Kapitalismus. Wobei mir hier erwähnenswert scheint, dass der Begriff Kapitalismus selbst sehr unterschiedliche Konnotationen diesseits und jenseits des Atlantiks aufweist. Wir reden nicht gerne über den Kapitalismus. Der Begriff ist fast negativ gefärbt, während die Amerikaner von Capitalism reden und eigentlich Marktwirtschaft meinen. Aber Social Capitalism hat den Weg in den amerikanischen Sprachgebrauch nicht gefunden und da sieht man sehr schnell den Unterschied zwischen Marktwirtschaft, Marktliberalität und Sozialer Marktwirtschaft. Wobei das Sozialattribut mehr als nur eine schwache Nuancierung des Gesamtbegriffes Marktwirtschaft ist.

Wenn man besser verstehen möchte, was Deutsche mit einem Begriff, der fast nur in Deutschland verwendet wird, eigentlich meinen, ist es sehr heilsam, bei Ausländern nachzuschlagen. Nicht bei mir, aber bei richtigen Ausländern! Hilfestellung gibt dabei der französische Ökonom Michel Albert, der ein bisschen aus der Mode gekommen war die letzten Jahre, aber zurzeit wieder eine fröhliche Renaissance erlebt. Ich kann auch Michel Albert nur empfehlen, weil er der Ständige Sekretär der französischen Akademie der Moral- und Politikwissenschaften ist. Die hat insofern Bedeutung als ich da Mitglied bin und der Papst auch. Er wurde das, als er Kardinal war, und er wurde Papst, nachdem er Mitglied der Akademie geworden war, und ich möchte eigentlich das bleiben, was ich bin. Insofern ist das auch kein in aller Hinsicht Beispiel gebendes Prozedere.

Marktfreiheit, Wettbewerb und soziale Finalität

Michel Albert beschreibt den Rheinischen Kapitalismus und die Soziale Marktwirtschaft, denn er macht auch die Gleichung dadurch, dass er drei Hauptcharakteristika

nennt, die diese ausmachen, nämlich Marktfreiheit, Wettbewerb und soziale Finalität. Er beschreibt die Soziale Marktwirtschaft als ein gesamtökonomisches Verhalten, das nicht ergebnisoffen und nicht normen- und konsequenzneutral ist. Und weil er die Soziale Marktwirtschaft an dem Dreigestirn „Marktfreiheit, Wettbewerb und soziale Finalität“ festmacht, dekliniert er auch die Konsequenzen, die sich aus dieser dreigeteilten Begrifflichkeit ergeben, indem er sie unterteilt in makroökonomische und mikroökonomische Konsequenzen, die sich aus diesem angewandten und anzuwendenden Konzept ergeben.

In der makroökonomischen Rubrik zählt er die Begriffe auf, die uns bekannt vorkommen und die allesamt auch Eingang in europäische Verträge und auch in den letzten Lissabonner Vertrag gefunden haben. Makroökonomische Konsequenz ist hohes Wachstum. Es gibt keine Soziale Marktwirtschaft ohne hohes Wachstum und niedrige Inflation. Hohe Inflation und Soziale Marktwirtschaft sind zwei konträre Begriffe, sie gehen nicht zusammen. Soziale Marktwirtschaft funktioniert nur bei niedriger Inflation und auch nur bei niedriger Arbeitslosigkeit, sagt Albert, um dann im sozialen Teil der Konsequenzbildung auch festzustellen, dass Soziale Marktwirtschaft ohne anständige Arbeitsbedingungen nicht denkbar ist und auch nicht ohne soziale Sicherheit, und auch nicht ohne gesunde Staatsfinanzen, und auch nicht ohne effiziente öffentliche Dienstleistung.

Soziale Marktwirtschaft braucht Selbstverantwortung

In der Rubrik der Konsequenzen finden wir vielfältige, detaillierte Zielsetzungen europäischen Tuns wieder, das ja auch Eingang gefunden hat in nationales Tun. Besser würde man sagen: Vieles, was national richtig gewachsen war, hat Eingang gefunden in das gesamteuropäische Denken. Im Mikroteil seiner Konsequenzbeschreibung stellt er einfach nüchtern fest, dass Betriebe, die in der Sozialen Marktwirtschaft wirtschaftlich tätig sind, nicht für sich selbst da sind, sondern dass sie den Menschen zu dienen haben. Wirtschaft gewissermaßen als Diener der Mensch-



heit, was ein anderes Wort für Solidarität in der Gesellschaft ist. Was er wiederum dadurch abfedert, eigentlich erläuternd ergänzt, dass er hinzufügt, dass Soziale Marktwirtschaft, die den Menschen dienen soll, nicht funktionieren kann, wenn nicht auch das Prinzip der Selbstverantwortung, des sich zuständig Fühlens für das eigene Tun und die Subsidiarität sich hinzugesellen. Gewissermaßen Soziale Marktwirtschaft als das Gesamtprodukt von staatlichem und privatökonomischem Wirken, gipfelnd in der Feststellung, die auch lange nicht von Konsens geprägt war, dass der Markt alleine keine Solidarität produziert, sondern dass Solidarität nur entsteht durch effizientes Markthandeln und durch den normativen Zugriff, den normativen Eingriff der öffentlichen Hand der staatlich Handelnden.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, besser die Finanz- und Wirtschaftskrise, die wir erlebt haben und die wir teilweise durchschritten haben – das Tal das wir aber noch nicht verlassen haben – war und ist nicht die Krise der Sozialen Marktwirtschaft. Sondern ist die Krise, die Katastrophe, die dann entsteht, wenn man sich nicht mehr an die Kardinaltugenden der Sozialen Marktwirtschaft beim Festlegen des eigenen Tuns und beim Vordenken dessen, was man übermorgen tun sollte, hält. Die Krise, von der Jürgen Rüttgers zurecht sagt, sie wäre eine moralische, weil sie aus der ethischen Nicht-Erdung des wirtschaftlichen Tuns eigentlich resultierte, ist die Krise, die aus falsch verstandener Gier entsteht, also aus Erwartungshorizonten an das wirtschaftliche Tun, die eben keiner sozialen Finalität entsprechen. Ich sage das für viele, die im Bankgewerbe tätig waren, für diese eben ethisch nicht geerdeten Manager. Ich sage das aber auch für viele, die als Kunden, als Anleger sich eigentlich dachten, dass man Wohlstand auch ohne Arbeit, ohne Anstrengung und ohne Leistung erreichen kann. Ich sage dies jenen, die den Satz so irrsinnig gerne geglaubt haben, der in Rieseninseraten in unseren Tageszeitungen auch heute noch zu lesen ist und der da lautet: „Lassen Sie ihr Geld für sich über Nacht arbeiten!“ Man soll selbst arbeiten, wenn man gerne zu Wohlstand käme, anstatt mit dem eigenen Geld und mit den Talenten anderer darauf zu spekulieren, dass sich wunder-

same Geldvermehrung über Nacht einstellt, im Übrigen immer zu Kosten anderer und auf Kosten anderer, die weniger Geld haben.

Geldgier in komplizierten Produkten versteckt

In allen Konzertsälen dieser Welt erklang während 15, 20 Jahren – seit dem Fall der Berliner Mauer und diesem Irrglauben, der viele befallen hatte, dass nachdem der Kommunismus gescheitert war, der Kapitalismus eigentlich plötzlich fehlerfrei erschien und man über seine Verrenkungen und über seine Irrungen und Wirrungen eigentlich nicht mehr nachdachte – in all den Konzertsälen der Welt erklang das hohe Lied des Geldes und kein Gegenchor wagte es dagegen anzusingen. Dieses totale ökumenische Money-Hosianna war das eigentliche Lied nach dem getanzt wurde in den letzten 15, 20 Jahren. Dann sind wir plötzlich aus dem Schritt geraten, weil wir merkten, die Partitur stimmt ja gar nicht, weil wir die Partitur auch nicht mehr richtig erkennen konnten. Geld und Gier, dann also auch Geldgier, ist etwas, wozu man sich nicht offen bekennt und deshalb versteckt man sie in komplizierten Produkten, in intransparent strukturierten Finanzprodukten, die man anbietet. Man möchte ja nicht der Geldgier unterliegen und deshalb möchte man auch nicht verstehen – und deshalb wollen auch die, die derartiges erfinden nicht verstanden werden – was man eigentlich tut und wie man es tut und auf wessen Kosten man es tut.

Hinzu kam die Nichthaftung der eigentlich Verantwortlichen, der Verursacher. Es wurden Unsummen an Geldvermögen, auch an Volksvermögen zerstört und niemand wird dafür so richtig zur Verantwortung gezogen. Wer ein Fahrrad kauft und sich erwischen lässt, der muss nicht nur das Fahrrad zurückgeben, der geht auch nicht zum Staat und sagt: „Könntest du mir bitte ein Fahrrad leihen, damit ich dem, dem ich es gestohlen habe, das Fahrrad zurückgeben könnte“. So funktioniert das nicht in einer geordneten Gesellschaft. In einer ungeordneten Gesellschaft, in einer fast regellosen, in einem die Norm als Prinzip öffentlichen



Handeln und privater Teilnahme am öffentlichen Handeln ablehnenden System, gibt es diese Haftung nicht. Stattdessen entsteht aus der Nichthaftung der eigentlich Verantwortlichen das Haftungsprinzip der öffentlichen Hände und des Staates.

Marktversagen, so wurden wir belehrt, kann es eigentlich nicht geben, weil es die unsichtbare Hand gibt, die das Marktgeschehen zum allgemeinen Wohle reguliert. Wenn dann Marktversagen vorkommt und wenn das Prinzip der Nichthaftung zur Anwendung kommt, im Falle dass es zu Problemen kommt, die man lösen muss, kommt es zum Haftungsprinzip des Staates, der eigentlich ursächlich nicht am Zustandekommen der eingetretenen katastrophalen Lage beteiligt war. Der sich aber auch fragen muss, ob er dann richtig reagiert hat die letzten 20 Jahre, als uns dauernd erklärt wurde, Regierungen sollten sich um ihre eigenen Sachen kümmern und nicht um die Wirtschaft. Die Wirtschaft wüsste schon, wie sie funktioniert.

Das hat ja plötzlich Spaß gemacht, wieder Premierminister zu sein, denn man wurde plötzlich wieder gebraucht und man musste sich auch nicht entschuldigen, dass man da war. Früher gab es Säle, die man betrat, dort wurde einem bedeutet, Fremdkörper sollten sich etwas stillhalten. In den letzten zwei, drei Jahren hat man sich wieder mit tränenfeuchten Augen an die gewandt, die eigentlich die Legitimität haben, um Regeln festzulegen. Aber die erotisierende Wirkung, die plötzlich von der Politik ausging, die ist schon wieder stark am Abfallen, stelle ich fest, weil es doch wieder ein Sich-wieder-Trauen gibt, um den Politikern zu sagen, wir sollten uns mal um unsere eigenen Dinge kümmern und die Banken und die Manager machen lassen, die wüssten schon, wie man das macht. Ja, hätten sie es gewusst, dann hätten wir es auch besser gewusst, nämlich schon viel früher, wie man das hätte machen können.

Dass wir zur Bankenrettung als Regierungen bereit waren, halte ich im Übrigen auch für ein sozialmarktwirtschaftliches Prinzip, denn Soziale Marktwirtschaft funktioniert auch nicht ohne Verantwortungsübernahme der Regieren-

den und der Parlamente. Dass die Bankenrettung in Gang gebracht wurde, war nicht wegen der schönen blauen Augen sich fehlerhaft verhaltender Banker. Im Übrigen bin ich gegen eine Pauschalkritik an den Bankern und am Bankwesen. Wir wissen sehr genau, über wen wir reden, wenn wir über „die“ Banker reden. Dann reden wir nicht über alle Banker, die haben das nicht verdient. Dass wir die Bankenrettungspläne auflegten, machten wir hauptsächlich, um Schaden von der Realwirtschaft abhalten zu können. Deshalb die vielen Konjunkturprogramme in Europa und in der Welt. Deshalb auch der erstaunliche Vorgang, dass trotz aller Torheit der Regierenden, die Regierenden überall, vornehmlich in Europa und auch in den USA, die richtigen Lehren gezogen hatten aus dem, was 1929 und in den Folgejahren passierte. Der Zweite Weltkrieg, eine direkte Konsequenz dessen, was 1929 passierte, entstand nicht so sehr wegen den Ursachen, die zu der Krise von 1929 geführt hatten, sondern wegen der Nichtbewältigung der Folgen, die in den 30er Jahren daraus resultierten: Protektionismus, Brüning'sche überzogene Sparpolitik, sich auf das eigene Land konzentrieren und nicht auf die damals auch schon im Ansatz global existierenden Gesamtzusammenhänge. All dies erklärt das, was ab 1930/40 in Europa passierte und – behaupte ich – in diesem Land auch das, was Anfang der 30er Jahre passierte. Wer also, weil es Marktversagen gibt, staatliche Nachfrage organisiert, damit die Lücken der privaten Nachfrage gefüllt werden, handelt essentiell im sozialmarktwirtschaftlichen Geiste, der ansonsten nämlich nur marktwirtschaftlich funktionieren würde und die ganze Misere eigentlich den Selbstheilungskräften des Marktes überlassen würde, die es aber in der Form, wie es sie hätte geben müssen, nicht geben konnte.

Aus Finanzkrise kann sich Systemkrise entwickeln

Was mich umtreibt nach dieser Krise, inmitten dieser Krise, je nachdem wo man gedankenmäßig angelangt ist, ist, dass sich aus dieser Finanz- und Wirtschaftskrise sehr schnell eine Systemkrise entwickeln kann. Mich treibt das wirklich um! Es ist nicht so, dass die Leute, die Menschen,



die uns beobachten, nur technisches Interesse aufbrächten für das, was wir da tun. Die fragen sich prinzipiell: Was tun die da eigentlich? Und wieso konnte das passieren? Und aus diesem Nichtverstehen dessen, was passierte – und niemand hat das ja vorausgesehen, also kann auch niemand was im Nachhinein detailgenau erklären – und aus dem plötzlichen Entdecken massivster Gerechtigkeitslücken, die in unseren Gesellschaften bestehen, ergibt sich eine Art Rückzug in das Private. Die Menschen sind überhaupt nicht mehr, falls wir nicht schlüssige Antworten finden, interessiert an dem, was wir Gemeinwohl nennen, sondern ziehen sich ins Private zurück: Haus – Boot – Auto! Verwechseln den Blick auf den eigenen Nabel mit dem planetarischen Horizont, den sie dort zu erkennen glauben, und das ist kein Horizont. Das ist eine strikte Begrenzung – je nach Körpervolumen sogar überhaupt nicht erkennbar – wenn man sich in Richtung Nabelblick bewegt. Also die tektonischen, sozialen Folgen, die sich aus dieser nicht bewältigten Krise, falls sie denn nicht bewältigt würde, ergeben, treiben mich schon um, weil dies auch zu Verwerfungen der Gesellschaft führt, zu einer höchst unterschiedlichen Repräsentanz politischer Kräfte, weil es im Endeffekt politische Extreme stärken und die Parteien der Mitte, dort, wo die Soziale Marktwirtschaft eigentlich angesiedelt ist, wesentlich schwächen würde.

Deshalb ist der Moment gekommen, der „richtigen“ Sozialen Marktwirtschaft zu einem Revival, zu einer Renaissance, zu einer Wiedergeburt zu verhelfen und die richtigen Politikschritte jetzt einzuleiten, die dies gewährleisten können. Über die makroökonomischen Konsequenzen, die Michel Albert aufgelistet hat, kommt besondere Bedeutung derjenigen des hohen Wirtschaftswachstums zu. Wir haben uns in jahrelangen Debatten von dieser Vorstellung entfernt, dass wir mit Null-Wachstum glücklich werden könnten. Die Null-Wachstums-Propheten haben ihre besten Bücher, falls sie jemals gut waren, in den 60er und 70er Jahren geschrieben. Seither redet niemand mehr von Null-Wachstum, weil wir auch erlebt haben, vornehmlich im Jahre 2009, was es denn heißt, Null-Wachstum oder weniger als Null-Wachstum. Wir hatten ja die

Erfahrung nicht mehr gemacht seit Kriegsende, was Rezession im eigentlichen Sinne des Wortes bedeutet. Wir werden, je nach Volkswirtschaft unterschiedlich zu bewerten, bis zum Jahre 2012 brauchen, falls das Wachstum wieder einigermaßen auf Trab kommt und wieder die volkswirtschaftliche Kraft des Jahres 2007 erreicht. Viele weigern sich, aus dieser Wachstumsverflachung und haushaltspolitischen Applanierung dessen, was eigentlich möglich gewesen wäre, wenn es die Verflachung des Wachstums nicht gegeben hätte, die eigentlichen Konsequenzen zu ziehen. Wir sind ärmer geworden im letzten Jahr und tun sehr oft so, als ob wir so weitermachen könnten wie bisher.

Das Thema Wachstum ist ein essentielles Zukunftsthema, weil wir auch an Potentialwachstum in der Eurozone und darüber hinaus eingebüßt haben. Das potentielle Wachstum, das was wir eigentlich schaffen könnten, wenn wir völlig in Schuss und in Form wären, hat sich halbiert, konkludiert aus dieser Krise heraus. Das heißt, alle Politik muss darauf gerichtet sein, nichts zu unterlassen, was dazu beitragen könnte, das Wachstumspotential wieder nach oben zu schrauben. Eine eminente, sozialmarktwirtschaftliche Aufgabe, weil die Überlebensfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme eminent von einer Steigerung des Wachstumspotentials abhängt. Kein Land der Eurozone wird die Lasten schultern können, die in Zukunft aufgrund der demographischen schiefen Pyramide kommen, wenn wir das Wachstumspotential nicht nach oben schrauben können. Wir können Renten, Pensionen und Krankenversicherungsleistungen in zehn Jahren nicht mehr zahlen mit dem Wirtschaftswachstum, das wir aktuell haben. Daraus ergeben sich vielfältige Folgen für die Haushalts- und Sozialpolitik, die wir zurzeit anlegen.

Raus aus den Defizit- und Schuldenspiralen

Wir müssen raus – weil zur Sozialen Marktwirtschaft gehören gesunde Staatsfinanzen und zur Sozialen Marktwirtschaft gehört intergenerationelles Denken – aus den Defizit- und Schuldenspiralen, die wir dabei sind, sich in



die Höhe schrauben zu lassen. Es war richtig und es war options- und alternativlos, dass die Staaten sich verschuldet haben zum Zwecke der Finanzierung der Konjunkturprogramme, die wir brauchten, um die öffentliche und private Nachfragerückfälle aufzufüllen. Aber wir können nicht weitermachen, Jahresdefizit an Jahresdefizit zu reißen und Schuldenberge auf Schuldenberge zu türmen, das dürfen wir nicht. Wir dürfen es nicht wegen der Finanzierungsnotwendigkeit der sozialen Sicherungssysteme und wegen der Lebenschancen, die wir gerne erhalten möchten oder wieder herstellen möchten für die Menschen, die heute jung sind oder vielleicht noch nicht geboren sind.

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehörte soziale Sicherheit. Ich bin sehr dagegen, dass man aus dieser Finanz- und Wirtschaftskrise eigentlich die Schlussfolgerung zieht, dass man so weitermachen kann wie bisher, indem man die sozialen Sicherungssysteme regelmäßig abbaut und nach unten korrigiert. Ich bin überhaupt nicht damit einverstanden und war es auch nie, dass man die gesetzliche Rentenversicherung aufkündigt, dass man die gesetzliche Krankenversicherung aufkündigt, dieser totale Marsch ins Private führt in das Verderben. Reden Sie mal mit den amerikanischen Rentnern, die millionenfach ihre Rentenbezüge jetzt vermissen, verloren haben, die bestohlen wurden durch rein privatmarktwirtschaftlichen Umgang mit den Problemstellungen der sozialen Sicherung.

Anständige Arbeitsbedingungen! Ich habe mich immer dagegen gewehrt, ich trage das auch immer vor, weil ich damit beweisen kann, dass ich das immer schon gewusst und gesehen und gesagt hatte. Ich habe mich immer gegen diesen Deregulierungswahn gewehrt. Diese überzogene Flexibilisierung aller Lebensverhältnisse. Ich bin sehr für angemessene Flexibilisierung des Arbeitsrechtes, dort wo das Arbeitsrecht, der Kündigungsschutz, Arbeitszeitregelungen übertriebene Rigiditäten aufweisen. Aber die Durchflexibilisierung des Arbeitsraumes geht nicht konform mit den Elementaranforderungen, die sich aus der Sozialen Marktwirtschaft ergeben.

Wenn mein Vater, der Stahlarbeiter war, immer nur Zeitverträge gehabt hätte, alle sechs Monate hätte bangen müssen, ob sein Arbeitsvertrag verlängert wird, dann hätte ich nicht zur Universität gehen können. Das können dann nur die, deren Väter auf die Erneuerung des Arbeitsvertrages nicht angewiesen sind, weil die Vermögenslage des Haushaltes so ist, dass Arbeit weniger wichtig ist. Wer aber gerne hätte, dass alle Bevölkerungsschichten teilnehmen können am Wohlstand und dass sie durch ihre Talente, durch ihre Energien auch dazu beitragen, dass der Wohlstand sich noch vermehren kann, der muss auch dafür sorgen, dass in Punkto Arbeitsrecht und Sozialrecht Schutzmechanismen in genügender Zahl und in zufriedenstellender Dichte bestehen bleiben, damit das soziale, marktwirtschaftliche System, das auf die Teilhabe der Arbeitnehmerschaft nicht verzichten kann, überhaupt noch funktionieren kann.

Breiten öffentlichen Korridor beibehalten

Und gleiches gilt für den Respekt, den ich mir für öffentliche Dienstleistungen erbitte. Anstatt dass man in einen totalen Privatisierungswahn abrutscht und alles privatisieren möchte, was sich in öffentlichen Händen befindet – dass öffentliche Hände sich sehr oft verheddern, wenn es um vernünftiges Wirtschaften geht, das braucht man mir, der ich das täglich tue, nicht besonders unter Beweis zu stellen. Aber zu denken, dass sobald jemand nicht mehr als öffentlicher Dienstleister unterwegs ist, sondern als ökonomischer Privatier, alles besser würde, das wage ich zu bezweifeln. Es gibt Beispiele zuhauf, sowohl in den USA wie in Großbritannien wie auch in unseren Ländern, wo Privatisierung, die ich im Prinzip bejahe, nicht die Ergebnisse gezeigt hat von denen man dachte, dass sie sie automatisch zeigen würde. Ich bin für das Beibehalten eines relativ breiten, öffentlichen Korridors, weil öffentliche Dienstleistungen auch mit zu den Fundamenten der Sozialen Marktwirtschaft gehören, die es zu bewahren gilt.

Ich habe angefangen mit Art. 2 des Lissabonner Vertrages. Dies bringt mich zum Schluss, weil ich mich hier an die 30-



Minuten-Regel ohnehin nicht gehalten habe, mich also auch nicht besonders beeilen muss, um das wieder in Ordnung zu bringen. Ich würde auch gerne mit Europa schließen.

Wir sind, ich sage das unter dem strengen Blick des Bundesbankpräsidenten, meines Freundes Axel Weber, auf Gedeih und Verderb, aber im Prinzip zu unserem Glück, in der europäischen Währungsunion vereint. Das Thema Soziale Marktwirtschaft, das Thema, wie viel Dosis an Sozialem braucht die Marktwirtschaft und wie viel Nuancierung durch das Marktwirtschaftliche braucht der soziale Anspruch, ist ja auch ein eminent europäisches Thema. Denn mein Thema war ja heute „Soziale Marktwirtschaft – Modell für Europa!“.

Strukturelle Reformen unabdingbar notwendig

Darüber werden wir reden müssen, wie wir strukturelle Reformen anlegen, die unabdingbar notwendig sind, vor allem im Bereich der Sicherung der Finanzierung unserer Alterssysteme. Dieser Policy-Mix zwischen sozialem Anspruch und zunehmend marktwirtschaftlichem, nicht „laissez aller“, aber die Menschen sich in der Wirtschaft frei bewegen lassen, wird auch ein Thema sein, wenn wir über die so genannten Exit-Strategien zu befinden haben: Wann fangen wir an mit dem Abbau der aufgebauten Konjunkturprogramme, weil deren Schuldenfinanzierung nicht beständig ist, nicht dauerhaft ist, nicht „sustainable“ ist – wie das im Neudeutschen heißt? Darüber werden wir reden müssen. Diese Exit-Wege sind verschiedenartig von Land zu Land, weil nicht alle Länder in der Eurozone sich exakt in derselben Konjunkturlage befinden oder nicht an demselben Punkt des Zyklus angekommen sind.

Wir werden darüber reden müssen, was wir unterlassen haben, nicht total, aber immerhin unterlassen; über die Divergenzen, die Wettbewerbsunterschiede, die es zwischen den einzelnen Ländern in der Eurozone gibt, das griechische Drama. Die griechische Tragödie, die finanziell beschrieben wird, indem die Haushaltsdefizite in Griechenland und sonst wo, aber konkret in Griechenland, aufmerksam überwacht werden, ist ja kein Vorgang, der sich nur

finanziell erklären ließe. Das eigentliche Problem ist, dass Griechenland beispielsweise – andere Länder befinden sich nicht in derselben, aber in einer annähernd schlimmen Lage – an Wettbewerb eingebüßt hat. Es hat eine Lohnpolitik, vornehmlich im öffentlichen Sektor betrieben, die in keinerlei Verhältnis mehr stand zu Produktivitätsfortschritten und Messlatten, die man anlegen muss, wenn es um tarifpolitische Vereinbarungen geht. Darüber wird man reden müssen. Wie man auch darüber reden müssen wird, ob es auf Dauer so sein kann, dass größere Staaten der Eurozone strikt nur exportorientiert wachsen, wenn sie wachsen und die Binnennachfrage ungenügend stärken, während andere in der Eurozone vornehmlich die Binnennachfrage stärken und nicht so sehr ihre Exportfähigkeitsdimension positiv verändern. Diese Divergenzen sind für die Kohäsion, für den Zusammenhalt der Eurozone nicht breit genug. Es gibt sie auch in anderen einheitlichen Währungsgebieten. Aber wenn diese Divergenzen sich verstärken, wenn die Unterschiede immer größer werden, wenn in einem Land A die Löhne um 12 Prozent wachsen, im Land B die Löhne im gleichen Zeitraum um 100 Prozent wachsen und man darüber nicht redet, es also zulässt, dass Auseinanderentwicklungen in großer Zahl stattfinden, dann gehen wir schweren Zeiten entgegen. Deshalb braucht man eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik nicht nur auf Ebene der Europäischen Union, sondern vornehmlich, weil sie dort intensiver und intimer betrieben werden muss, im Euroraum und in der Eurogruppe.

Dort gilt auch die sozialmarktwirtschaftliche Regel, dass jeder aufgrund des Prinzips der Selbstverantwortung dafür zuerst sorgen muss, dass er alles tut, damit bei ihm zu Hause die Lage so ist, dass sie anderen nicht zum Schaden gereicht. Ich bin strikt dagegen, dass man einfach Geld über den Tisch schiebt von Nord nach Süd, von Süd nach Nord, von Westen nach Osten, wenn jemand seine Hausaufgaben nicht gemacht hat. Nein, es braucht immer eine strikte Konditionalität, es braucht strikte Vorschriften dessen was im eigenen Lande zu tun ist, damit man, falls es dann noch notwendig wäre, die Solidarität der gesamten Gruppe in Anspruch nehmen kann.



Die griechische Regierung hat nicht mustergültig regiert. Die griechischen Regierungen! Aber diese Regierung hat ihre Verantwortung übernommen und hat ein Maßnahmenpaket vorgelegt, das glaubwürdig ist und von dem ich denke, dass es auch die Kapitalmärkte letztendlich überzeugen wird, falls diese noch rationellem Denken zugänglich sind, was wünschenswert wäre. Ansonsten werden wir die Finanzmarktregulierung noch etwas intensiver und enger gestalten müssen als wir dies ohnehin vorhaben.

Wir brauchen mehr Europa

Ich habe dem Kommissionspräsidenten gemeinsam mit Präsident Sarkozy und Angela Merkel, einen Brief zukommen lassen, in dem wir die Frage stellen, inwiefern bestimmte Finanzmarktinstrumente wie Kreditausfall-Versicherungen nicht auch gebraucht werden, um gegen Staaten zu spekulieren. Das griechische Problem ist in erster Linie kein Problem, der von Spekulanten herbei geführten Lage. Es wird gegen Griechenland spekuliert, weil die Lage in Griechenland so ist, wie sie ist. Aber dass diejenigen, die in hohem Maße von den europäischen Staaten profitiert haben, im Moment der Bankenkrise, jetzt zu diesem postpubertären Verhalten schreiten, um gegen die zu spekulieren, die sie eigentlich gerettet haben, das ist jedenfalls nicht vereinbar mit den Grundregeln und den Kardinaltugenden der Sozialen Marktwirtschaft und darum wird die Politik sich kümmern müssen.

Im nationalen Alleingang werden wir das nicht schaffen, das Großherzogtum eh nicht. Aber die kleine Bundesrepublik auch nicht. Deshalb ist es für jeden, der die Dinge der Welt einigermaßen im Blick, wenn auch nicht im Griff hat, klar, dass wir nicht weniger Europa, sondern dass wir mehr Europa brauchen und dass wir auf nationale Eifersüchteleien verzichten müssen, wenn es – um es salopp zu formulieren – um das große Ganze geht. Das Ganze wird immer weniger groß.

Wir hatten am Anfang des 20. Jahrhunderts eine europäische Bevölkerung, die 20 Prozent der Erdbevölkerung ausmachte. Wir haben am 1. Januar 2000, also beim Ein-

tritt in das 21. Jahrhundert, noch genau 11 Prozent Europäer auf der Erdoberfläche. Im Jahr 2050 werden wir noch 7 Prozent sein und am Ende des Jahrhunderts 4 Prozent. Wer also denkt, jetzt wäre der Moment gekommen, um den Euro zu testen bis ihm die Luft ausgeht und damit Europa endgültig zu schwächen, wer jetzt denkt, man könne einfach so in das Eurowährungsgebiet einziehen oder einfach so das Eurowährungsgebiet verlassen, der schwächt Europa. Wer jetzt denkt, wir bräuchten keine Koordinierung, keine intensive Koordinierung der Wirtschaftspolitiken in Europa, der irrt sich fundamental.

Wir werden weniger, also müssen wir stärker werden

Wer jetzt denkt, wir könnten wieder kleinteiliger werden in Europa, uns in Nationalstaaten zurückentwickeln, die nicht mehr bereit wären, auf ihren direkten und entfernteren Nachbarn, im Sinne europäischer Solidarität, Rücksicht zu nehmen, der irrt sich fundamental. Wir werden weniger, also müssen wir stärker werden. Nicht weil wir Angst vor dem Rest der Welt hätten, nicht weil wir im Jahre 2100 dächten, wir 600 Millionen Europäer, so viele Prachtexemplare wird es noch von uns geben, könnten den Wettbewerb mit den 8,5 Milliarden Menschen nicht aufnehmen. Wo steht denn geschrieben, dass wir die Herren der Welt wären? Wo steht denn geschrieben, dass alles sich nach uns richten muss? Wo steht denn geschrieben, dass die Chinesen und Inder nicht auch Recht auf mehr Sonne haben und die Afrikaner, vor allem die Afrikaner, auf längere Augenblicke im Sonnenschein. Nein, die Welt ist multipolar. Wir müssen nicht nur uns selbst lieben und nicht nur uns in unseren eigenen Nabel vernarren, verlieben, sondern müssen auch einen Blick für andere haben. So lange alle sechs Sekunden ein Kind in der Welt an Hunger stirbt, ist Europa mit seiner Aufgabe nicht am Ende.

Berichte vom Kongress der Petersberger Convention





Sicherheit und Freiheit Forum 1

Staatliche Institutionen stehen in der Pflicht, die Rahmenbedingungen für eine funktionierende marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung zu setzen. Diese Klarstellung stand am Beginn der Diskussion in diesem Forum. Und mit Rahmenbedingungen meinten die Teilnehmer nicht kleinteilige Regelungen, sondern sogenannte „smart regulations“. Hierbei handelt es sich um visionäre ordnungspolitische Vorgaben, die als eine Art „Leitplanke“ lediglich einen groben Handlungsrahmen vorgeben. Im Detail müsse sich das freie Spiel der Kräfte in unserer Wirtschaftsordnung entfalten können.

In der Diskussion wurde herausgearbeitet, dass es sich bei den Begriffen der „sozialen Sicherheit“ und „wirtschaftlichen Freiheit“ um zwei Teilaspekte von Gerechtigkeit handele. Dieser Begriff vereine mit Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit zwei gegensätzliche Aspekte. Unterschiedliche Verständnisse vom Spannungsfeld der beiden Pole und dessen dialektischer Auflösung seien vornehmlich auf kulturelle Hintergründe zurückzuführen. Ihr auf der Metaebene angesiedelter gemeinsamer Treiber sei das Wertesystem der Gesellschaft. Mit dem insbesondere in den Vereinigten Staaten praktizierten „Capitalism“, der zentraleuropäischen „Sozialen Marktwirtschaft“ und dem „Staatskapitalismus“ der arabischen Staaten existierten drei unterschiedliche Lösungsmodelle für die Suche nach der besten Balance zwischen den Faktoren. Die Diskussions Teilnehmer waren sich einig, dass die soziale Marktwirtschaft in Deutschland nicht grundsätzlich in Frage gestellt werde und auch nicht werden müsse. Es sei jedoch zweifelhaft, ob das System als Modell in anderen Gesellschaften funktioniere.

Nicht nur makroökonomische Modelle, sondern jeder in Deutschland und der EU Arbeitende befinde sich im globa-



Professor Dr. Jürgen Kluge, seit 2010 Vorstandsvorsitzender der Franz Haniel & Cie. GmbH. Geboren 1953 in Hagen. Studium der Physik an

der Universität zu Köln. Deutschlandchef von McKinsey & Company von 1999 bis 2006, bis 2009 Director und Mitglied des Shareholder Council von McKinsey & Company. Seit 2004 Honorarprofessor der TU Darmstadt. Zahlreiche Aufsätze und Vorträge zum Thema Technologie- und Innovationsmanagement. Veröffentlichung zahlreicher Bücher u. a. im Bereich Bildung, z. B. „Die Bildung der Zukunft“. Mitglied der Zukunftskommission.



René Obermann, seit November 2006 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG. Geboren 1963 in Düsseldorf. Begonnen hat seine

berufliche Karriere mit einer Ausbildung zum Industriekaufmann bei der BMW AG in München. Danach gründete er 1986 ein eigenes Handelsunternehmen – die ABC Telekom mit Sitz in Münster. Von 2002 bis Dezember 2006 war er sowohl Vorstandsvorsitzender der T-Mobile International AG & Co. KG als auch Vorstand für den Bereich Mobilfunk im Konzern. Mitglied der Zukunftskommission.



len Wettstreit. Der hohe soziale Standard könne nur durch Investitionen in hochqualitative Bereiche gesichert werden, also solche Geschäftszweige, die auf Bildung als „Human Ressource“ aufbauen. Nur hohe Bildungsstandards führten zu Innovationskraft und damit zu internationaler Konkurrenzfähigkeit. Da auf Grund der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung der quantitative „Input“ nicht wie in Ländern wie Indien ausgebaut werden könne, müsse die Produktivität gesteigert werden, um einen höheren „Output“ zu erreichen.

Bildung muss besser werden

Insgesamt beurteilte die Diskussionsrunde die derzeitige Bildungsrealität eher skeptisch. Das Konzept einer „Bildungsrepublik Deutschland“ werde nicht konsequent verfolgt, obwohl Veränderungen seit Jahrzehnten gefordert und diskutiert würden.

An der Ausarbeitung konkreter Vorschläge beteiligten sich auch die jugendlichen Vertreter der Teilnehmer der Campus-Veranstaltung in der Vorwoche in der Arena auf Schalke. Sie plädierten für zusätzliche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in Unternehmen. Den Schulabgängern fehle es häufig an Grundkompetenzen beim Umgang mit den neuen Medien und Technologien („IT-Kompetenz“). Hier müsse deutlich mehr vermittelt werden als bisher. Staatliches Engagement solle hier lediglich die Basis schaffen. Da die Unternehmen von gesteigerter Produktivität insgesamt auch profitierten, müssten sie zu stärkerem Einsatz angehalten werden. Es wurde bemängelt, dass Deutschland im internationalen Vergleich zu wenig in Spitzenbildung investiere.

Abschließend wurde beleuchtet, wie Investitionen im Bildungssektor finanziert werden könnten. Allgemein abgelehnt wurde eine Erhöhung der Spitzensteuersätze. Auch höhere Unternehmenssteuern würden die durchschnittlichen Einnahmen nicht steigern, sondern schlimmstenfalls Betriebe zur Verlagerung ihres Sitzes in andere Staaten veranlassen. Denkbar erschien den Teilnehmern eine Umwidmung des „Solidaritätszuschlages“ für Bildungszwecke.



Ingrid Sehrbrock, seit 1999 Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB, seit 2006 stellvertretende Vorsitzende. 1948 in Offenbach

am Main geboren. Studierte Anglistik, Politik, Chemie und Pädagogik in Frankfurt am Main. Viele Jahre als Studienrätin tätig. Von 1989 – 1997 Bundesgeschäftsführerin der Frauen-Union der CDU und Mitarbeiterin von Rita Süßmuth. Von 1997 – 1999 als Sozialattaché an den deutschen Botschaften von Prag und Bratislava. Gehört dem Bundesvorstand der CDA seit 1985 an, seit 1987 als stellvertretende Vorsitzende.



Professor Dr. Axel A. Weber, seit 2004 Präsident der Deutschen Bundesbank und Mitglied des Rates der Europäischen Zentralbank.

Zuständig für die Bereiche Kommunikation, Volkswirtschaft und Forschungszentrum bei der Deutschen Bundesbank. Geboren 1957 in Kusel, Rheinland-Pfalz. Studium der Wirtschaftswissenschaften und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz. U. a. 2001 – 2004 Professor für Internationale Ökonomie an der Universität zu Köln. 2002 – 2004 Mitglied des Sachverständigenrates.

Forum 2 – Zusammenhalt und Vielfalt

Wie erreichen wir die Integration und den Zusammenhalt unserer immer vielschichtigeren Gesellschaft?



Zusammenhalt und Vielfalt Forum 2

Im Mittelpunkt dieser Forumdiskussion stand die Frage, wie in Deutschland die Integration von Einwanderern verbessert werden kann. Knapp ein Fünftel der Einwohner Deutschlands gehört zu den sogenannten „Menschen mit Migrationshintergrund“. Obwohl viele von ihnen in der Mitte der Gesellschaft integriert sind, bilden Migranten insgesamt eine gesellschaftliche Gruppe mit eher niedrigem Ausbildungsniveau, hoher Arbeitslosigkeit und einer erhöhten Kriminalitätsrate.

Einigkeit bestand vor diesem Hintergrund darüber, dass es keine ernsthafte Alternative zur Integration gibt, denn Deutschland und Europa sind teilweise bereits heute, aber stärker noch in der Zukunft von Einwanderung abhängig. Die Gründe dafür liegen hauptsächlich im demographischen Wandel, aber auch in der Globalisierung und in der abnehmenden relativen Stellung Europas in der Welt. Allerdings gehe es bei Einwanderung nicht nur um eine Quantität. Vielmehr sei kulturelle Vielfalt eine Ressource, um Dynamik und Fortschritt in der Gesellschaft zu initiieren und somit Erstarrung und Abschottung zu verhindern.

In der Vergangenheit sei auf dem Feld der Einwanderungspolitik in Deutschland viel versäumt worden. Heute sei die Transformation der Bundesrepublik zu einer Einwanderungsgesellschaft ein anhaltender Prozess geworden. Es gebe viele positive Entwicklungen, jedoch würden zuverlässige Instrumente zur Integrationsförderung noch erprobt und gesucht. Einigkeit bestand in der Überzeugung, dass es keine „Lösung von oben“ gibt. Integration könne nicht per Dekret verordnet werden, sondern sie müsse in alle Lebens- und Politikbereiche Einzug halten. In einem ersten Schritt könnte die formale und juristische Gleichstellung von Migranten erreicht werden. Im zweiten Schritt müssten gesamtgesellschaftliche Diskriminierung und Rassis-



Elmar Brok, Mitglied des Europäischen Parlaments. 1946 geboren in Verl/Nordrhein-Westfalen, u. a. außenpolitischer Sprecher der EVP-

Fraktion, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, stellv. Mitglied im Konstitutionellen Ausschuss, Vorsitzender der interparlamentarischen Delegation zum US Kongress und des Transatlantic Legislators' Dialogue, Vorsitzender der Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA), Bezirksvorsitzender der CDU Ostwestfalen-Lippe, Mitglied des EVP-Vorstandes und des CDU-Bundesvorstandes.



Britta Heidemann, 2009 Europameisterin, 2008 Olympiasiegerin und 2007 Weltmeisterin im Degenfechten. Fechterin des TSV Bayer 04 Leverkusen.

Sie wurde 1982 in Köln geboren, ging dort zur Schule und hat 2008 das Studium der chinesischen Regionalwissenschaften an der Universität zu Köln absolviert. Ihre Diplomarbeit befasst sich mit der Entwicklung alternativer Energien in China und deren rechtlichen Rahmenbedingungen. Sie spricht fließend Chinesisch.



mus bekämpft sowie Chancengleichheit und Aufstiegsmöglichkeiten gesichert werden. Ganztagschulen und der gemeinsame Sport wurden dazu als wichtige verbindende Elemente genannt. Das Ziel von Integration müsse letztlich nicht der Erwerb von Sprache und Pass, sondern die Identifikation des Einwanderers mit der Gesellschaft sein.

Die Schaffung einer gemeinsamen Identität wird als Schlüssel für eine gelungene Eingliederung angesehen. Doch auch über eine geteilte Identität ist es möglich, dass sich Menschen unterschiedlicher Herkunft (oder sozialer Schichten) gleichermaßen als Deutsche fühlen und als solche anerkannt werden. Dabei könnten sich verschiedene Schichten von Identitäten überlappen. Man könne beispielsweise gleichzeitig Rheinländer, Deutscher, Muslim und Europäer sein. So werde kulturelle Vielfalt mit gesellschaftlichem Konsens vereinbar. Unverzichtbar sei jedoch, dass es eine starke Kernidentität gebe, die einen gefestigten Wertekanon anbiete. Der schaffe die Grundlage und gemeinsame Basis für das Zusammenleben.

Klassische Einwanderungsnationen wie die USA sind auf diesem Gebiet deutlich weiter. Als Beispiel wurde die integrative Funktion des „American Dream“ genannt, der nicht nur als Leitbild für Alteingesessene, sondern und gerade auch für Neuankömmlinge eine ungeheure Anziehungskraft ausübe. Für Bassam Tibi ist solch ein Identitätsmodell auch attraktiv für die Muslime. Er plädierte zudem dafür, eine liberale, europäisierte Deutung des Islam zu fördern, die kompatibel mit den Werten des Grundgesetzes sei.

Die Gesellschaft – das war Konsens – müsse sich öffnen, um Einwanderer zu begrüßen und kulturelle Vielfalt zu ermöglichen. Gewarnt wurde aber vor dem Fehler, unter Pluralismus Beliebigkeit zu verstehen. Pluralismus könne nur funktionieren, wenn Grundwerte geteilt werden. Auf der anderen Seite sollte ein Wertekanon so formuliert sein, dass seine Einforderung nicht in einen Zwang zu Assimilation mündet. Vielmehr müsse die Wertbindung dafür sorgen, dass man sich auf ihrer Grundlage eine gemeinsame Zukunft vorstellen könne.



Professor em. Dr. Bassam Tibi, bis Ende 2010 A. D. White Professor at Large an der Cornell University. Begründer der Wissenschaft der historisch-

sozialwissenschaftlichen Islamologie als Analyse des postbipolaren Konflikts; seit Oktober 2009 Emeritus nach 36 Jahren der Lehre als Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Göttingen. 1944 in Damaskus geboren, 1962 kam er nach Frankfurt und studierte Sozialwissenschaften, Philosophie und Geschichte. Autor von zahlreichen Büchern, u. a. „Political Islam, World Politics and Europe“. Sein jüngstes Buch ist „Euro-Islam: Die Lösung eines Zivilisationskonflikts“.



Janice G. Weiner, seit August 2009 US-Generalkonsulin in Düsseldorf. Ihr erster Posten im Auswärtigen Dienst der Vereinigten Staaten war von April

1988 bis Juni 1990 Ostberlin, wo sie in der Abteilung für Wirtschaft und Politik tätig war. Geboren in Iowa City, schloss sie an der Princeton University ihr Studium der vergleichenden Literaturwissenschaft mit dem Bachelor ab und beendete das anschließende Jurastudium an der Stanford University Law School mit dem J. D.

Forum 3 – Orientierung und Werte

Brauchen wir eine neue Wertekultur?



Orientierung und Werte

Forum 3

Brauchen wir in Deutschland eine neue Wertekultur? Diese Frage stellten sich die Teilnehmer des gut besuchten Forums angesichts der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise, die von allen Diskutanten in erster Linie als eine moralische Krise verstanden wurde. Die reine Gier habe offenbar bei einer Reihe von Entscheidungsträgern zu einem totalen Realitätsverlust geführt.

Da das Banken- und Währungssystem nun mit milliardenschwerer Unterstützung aus Steuertöpfen stabilisiert worden sei, stünde jetzt nicht nur die deutsche Regierung vor einer immensen Staatsverschuldung, die letztlich an den Grundfesten der Sozialen Marktwirtschaft rüttele, sondern auch andere westliche Staaten. Dennoch sahen alle Teilnehmer in der aktuellen Situation auch Chancen für die Gesellschaft.

Neuen moralischen Kodex entwickeln

Als entscheidendes Problem in der Finanzkrise wurden Akteure angesehen, die nicht fähig gewesen seien, eine moralische Dimension ihres Handelns zu erkennen. Das grundsätzliche Verständnis für „was darf ich nicht tun“ sei nicht vorhanden gewesen. Gleichzeitig gab es zu wenig staatliche Kontrollmechanismen, die Finanzjongleure in ihren Handlungen hätten einschränken können. Die Teilnehmer schlossen aus dieser Analyse, dass es dringend geboten sei, verbindliche Regeln zu etablieren, mit denen internationale Finanzmärkte kontrolliert werden können. Gleichzeitig wurde gefordert, einen neuen moralischen Kodex zu entwickeln, der jeden einzelnen Entscheidungsträger stärker diszipliniert und auch in die persönliche Verantwortung für sein Handeln nimmt.



Professor Dr. Jürgen Flimm, seit Oktober 2006 Intendant der Salzburger Festspiele. Ab September 2010 Intendant der Staatsoper Unter den Linden.

Geboren 1941 in Gießen, Studium der Theaterwissenschaften, Literaturwissenschaften und Soziologie an der Universität Köln. Tätigkeit als Hochschullehrer an der Harvard University, der New York University und der Universität Hamburg. Intendant des Thalia Theaters (1985 – 2001) und der Ruhr Triennale (2005 – 2008). Inszenierungen an allen großen Opernhäusern der Welt, u. a. an der Metropolitan Opera New York, der Mailänder Scala, dem Royal Opera House London, in Wien, Zürich, Amsterdam und in Bayreuth. Mitglied der Zukunftskommission.



Hubertus Schmoldt, seit 1969 hauptamtlicher Gewerkschafter und von 1997 bis Oktober 2009 Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie,

Energie. 2009 Mitglied des „Lenkungsrats Unternehmensfinanzierung“ im Wirtschaftsfonds. Geboren 1945 in Posen, Polen. Ausbildung zum Maschinenschlosser und Studium an der Hamburgischen Hochschule für Wirtschaft und Politik. Mitglied der Zukunftskommission.



Die Teilnehmer befanden, die jetzige Krisensituation könne als „Phase der Orientierung“ genutzt werden, um moralische Werte in der Gesellschaft neu zu definieren und zu verankern. Dies sei jedoch nicht allein Aufgabe des Staates, sondern müsse jeden Einzelnen mit einbeziehen. Die Verantwortung für die Gemeinschaft solle quasi an den Einzelnen zurückgegeben werden, „da sich der Staat sonst überhebe“. Wichtig sei es dabei, Orientierung zu bieten. Eine Aufgabe, die zuerst der Politik zukomme. Um die Menschen auf diesen Weg „mitzunehmen“, sollten mehr Möglichkeiten direkter Einflussnahme für die Bürger geschaffen werden. Denn um einen moralischen Kodex in der Gesellschaft fest zu verankern, dürfe keine Tabuisierung im Diskurs über diese Werte stattfinden. Als Beispiel wurde in diesem Zusammenhang die Migrationsdebatte angeführt. Unterschiede im gelebten Wertekanon müssten in der gesellschaftlichen Debatte offen angesprochen werden. Allerdings sei gleichzeitig ein hohes Maß an Toleranz erforderlich.

Politiker müssen sich öffnen, Bürger sich beteiligen

Als für die Gesellschaft „gefährlich“ wird die offenbar wachsende Distanz vieler Menschen zur parlamentarischen Demokratie empfunden. Deshalb sei eine stärkere Öffnung der Politik in der notwendigen Diskussion wünschenswert. Nur wenn die politischen Repräsentanten intensiver auf ihre Wähler zuzugingen, könne dieser Wertediskurs Ergebnisse schaffen, die von der gesamten Gesellschaft oder wenigstens dem weit überwiegenden Teil getragen werden. Umgekehrt sollte sich der Einzelne selbst um eine stärkere Bürgerbeteiligung bemühen. In diesem Feld eines offenen Gedankenaustauschs wäre es möglich, eine dringend notwendige, vorurteilsfreie Wertediskussion zu führen, um einer erneuten globalen Finanzkrise vorzubeugen und die Soziale Marktwirtschaft in ihrem Kern zu stärken.



Friedrich Merz, seit Ende 2004 Partner der Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP. Geboren 1955 in Brilon. Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bonn, Rechtsreferendariat am Landgericht Saarbrücken. 1985 bis 1986 Richter am Amtsgericht in Saarbrücken. Seit 1986 Zulassung als Rechtsanwalt. Von 1989 bis 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments, von 1994 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags, 2000 bis 2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1998 bis 2000 und 2002 bis 2004 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Mitglied der Zukunftskommission.



Dr. Hubertus Knabe, Historiker, seit 2001 Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. 1959 in Unna geboren. 1978 Gründung eines Komitees für die Freilassung des DDR-Dissidenten Rudolf Bahro. Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Bremen. 1983 Pressesprecher der GRÜNEN in Bremen. Promotion an der Freien Universität Berlin. 1988 Studienleiter der Evangelischen Akademie Berlin (West). Von 1992 bis 2000 Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Selbstbehauptung in einer globalisierten Welt

Dr. Klaus von Dohnanyi





Die Petersberger Convention 2010 hat sich sehr ehrgeizige Ziele gesetzt. Nicht nur die Folgen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, sondern auch „die Fehlentwicklungen in der Zeit bis zum Eintritt der Krise (sollen) identifiziert und Perspektiven für die Zukunft aufgezeigt werden“. Und dabei soll sich die „Diskussion nicht nur auf wirtschafts- und finanzpolitische Fragen im engeren Sinne konzentrieren, sondern die sozialen und kulturellen Wechselstimmungen und Implikationen berücksichtigen“. Also: Das ist eine Aufgabe für Menschen, die sehr viel klüger sind als ich.

Ich habe hier im Übrigen ein Handicap: Während meines zweiten juristischen Studiums an der Yale Law School, vor genau 60 Jahren, wurde ich durch meine damaligen Lehrer Laswell, Mc Dougal und Rostow in meinem Denken stark sozialwissenschaftlich beeinflusst. Seit dieser Zeit versuche ich, den Forschungen und Veröffentlichungen zu solchen Themata, wie sie sich die Petersberger Convention 2010 gestellt hat, zu folgen. Eng begrenzt auf diese Fragen beherbergt meine Bibliothek heute – wie ich, veranlasst durch unsere diesjährige Convention überschlägig gezählt habe, – mehr als 500 Bücher und Schriften. Seit 1950. Ökonomie und Geschichte nicht einbegriffen. Warum berichte ich das?

Ich möchte hier ja niemanden entmutigen, aber schon ein Blick in diese Abteilung meiner Bibliothek generiert zwei Erkenntnisse: Erstens: Was uns heute besorgt, das weiß und beschwört man vielstimmig, aber mit weit divergierenden Interpretationen, seit Jahrzehnten; nichts ist hier noch neu. Und zweitens: Die so gewonnenen Erkenntnisse blieben zum Teil wahr, zum Teil hatten sie auch nur eine sehr kurze Verfallzeit. Aber alle Erkenntnisse und Mahnungen, von welcher Seite auch immer, sind weitgehend folgenlos geblieben. Die Karawane zieht weiter. Die evolutionäre Menschheitsgeschichte nimmt offenbar unbeirrt ihren Lauf. Das lässt einen nachdenklich und bescheiden werden in einer Diskussion wie der heute hier geführten.



Dr. Klaus von Dohnanyi, der promovierte Jurist war von 1972 bis 1974 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und von 1981 bis 1988 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Geboren 1928 in Hamburg. Neben diversen politischen Funktionen (Mitglied der SPD seit 1957) verfügte Klaus von Dohnanyi auch über langjährige Erfahrungen aus unterschiedlichen Tätigkeiten in Wirtschaftsunternehmen (u. a. Leiter der Planungsabteilung von Ford, geschäftsführender Gesellschafter von Infratest). Er ist Mitglied im Club of Rome und Beiratsvorsitzender des Berliner Wirtschaftsverlages Wegweiser GmbH. Zudem war er Kurator der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.



Und doch: Wir, die wir zum Handeln geschaffen und angetreten sind und die wir uns mit Erkenntnissen nicht begnügen wollen, wir sollten nicht resignieren, nur weil wir uns der Vorläufigkeit, der Fehlbarkeit und oft eben auch der Vergeblichkeit unserer Einsichten und Bemühungen bewusst sind. Mit diesen Einschränkungen im Kopf will ich versuchen, Antworten auf die uns gestellten Fragen zu geben. Und, weil unsere Zeit knapp ist, mache ich dies kurz und holzschnittartig.

Ausgangspunkt der Krise waren nicht die Finanzmärkte

Ausgangspunkt der Krise – die Amerikaner sagen jetzt „Great Contraction“, also „große Schrumpfung“, um den Ausdruck „Depression“ zu vermeiden – Ausgangspunkt der Krise waren nicht die Finanzmärkte, nicht eine neue „Gier“, auch kein neuer „Werteverlust“ in der Gesellschaft.

Zunächst: Wenn nämlich ein Unternehmen seine Kredite nicht mehr bedienen kann, weil es sich verkalkuliert oder übernommen hat und nun seine Kreditgeber und Banken mit in den Abgrund reißt – so wie hier in Köln wohl Arcandor das Bankhaus Oppenheim zu Fall gebracht hat – dann handelt es sich in erster Linie um ein Unternehmensproblem, also um ein Problem der Realwirtschaft mit Folgen für die Banken. Die Quelle der großen Krise war aber in erster Linie eine in den USA staatlich geförderte, ökonomisch unverantwortliche und leichtfertige Hypothekenpolitik, die als sozialpolitisches Instrument dienen sollte. Privatpersonen hatten sich, überredet von staatlich gelenkten Hypothekenbanken, auf längere Sicht unbezahlbare Hypotheken aufschwätzen lassen und das Kreditgeld auch noch auf Klamotten und Autos ausgedehnt. Mit ihren Schulden finan-

zierten die Leute Importe aus aller Welt, dort entstanden riesige Aktivkonten und damit ein wachsendes Ungleichgewicht in der Weltwirtschaft. Den zunehmenden Schulden in den USA (und einigen europäischen Ländern) stand ein steigender Handelsbilanzüberschuss, insbesondere Chinas (aber auch der meisten Energie produzierenden Länder) gegenüber. Auch der Aufschwung in Deutschland war insofern eine Folge des Schuldenbooms in den USA! Was macht man mit so viel Geld? Die Überschussländer und die Reichen aller Welt suchten für ihr aufgehäuftes Kapital Anlagemöglichkeiten, sie fanden diese – wie wir heute wissen irrtümlich – unter anderem in den verbrieften Hypothekenpapieren der USA und den von diesen angetriebenen Aktientiteln. Als die überschuldeten Häuserkäufer schließlich ihre Schwäche offenbarten, brach das weltweit verflochtene Finanzsystem unter den nun notwendig gewordenen Abschreibungen zusammen – die Quelle der Krise war also eine Krise der Realwirtschaft mit Folgen für die Finanzindustrie! Die Welt hat sich noch immer nicht davon erholt. Es war im Übrigen eine Krise wie sie sich in der Geschichte nicht zum ersten Mal ereignete. Den sozialpolitischen Leichtsinns kann man erklären: politisch naiver Opportunismus von Clinton bis Bush. Doch wie kam es zu dem Dominoeffekt? Nicht durch einen Werteverfall!

Explosiver Freiheitsschub seit Ende der 70er Jahre

Die Verflechtung der Finanzmärkte war nicht das Ergebnis von böser Absicht und Gier, sondern von einer im übrigen wundervollen Entwicklung: Ich meine jenen explosiven Freiheitsschub in der Welt seit Ende der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Alle Globalisierung ist nämlich ein Produkt wachsender Freiheit;

Alle Globalisierung ist ein Produkt wachsender Freiheit.



Wegmarken in unserer Zeit sind die Öffnung Chinas nach 1978, der Fall der Mauer 1989, die marktwirtschaftliche Wende in Indien und Lateinamerika. Und das alles getragen von den neuen Informationstechnologien, vom Mobilphone bis zum Internet; ungeahnte Freiräume der Kommunikation. Und das alles wollten wir und – schauen wir auf China oder Russland – es ist uns noch immer nicht genug. Auch an den Türen der Entwicklungs- und Schwellenländer pocht schon energisch die Ungeduld des Freihandels.

Hier, in der Freiheitsexplosion der letzten Jahrzehnte, finden sich die wahren Wurzeln des tiefen Strukturwandels, den wir heute durchleben. Die große Krise ist nur der „Brandbeschleuniger“ dieses Strukturwandels, die Krise ist ihrerseits nicht Ursache, sondern selbst Folge der Probleme, mit denen wir ringen; Folgen des globalen Strukturwandels.

Schon der Wegbereiter der Marktwirtschaft, Adam Smith, hatte nämlich darauf bestanden, dass jeder funktionsfähige Markt eine Ordnung, ein sanktionsbewehrtes Rechtssystem braucht. Doch die von uns allen begrüßte Ausweitung der Freiheit im Leben des Einzelnen und damit auch ihre wirtschaftliche Freiheit, sie haben bisher nur im Bereich der Europäischen Union begonnen, ein dem neuen Freiraum entsprechendes Rechtssystem zu schaffen. Nur dem „globalen“ Europa ist eine gewisse Ordnung der Märkte gefolgt: Allerdings sehen wir an der Griechenland-Problematik wie schwierig es ist, solche Ordnungssysteme konsequent und wirksam genug zu gestalten. So ist die ganze Welt heute auf der Suche nach den neuen Grenzen der Freiheit. Aber heute sorgt sich die WTO eher um freie Marktzugänge mit nur sehr simplen Regeln gegen offenkundiges Dumping und einigen wenigen Sozial- und Umweltstandards. Im Kern war

und ist die Völkergemeinschaft – in dieser Beziehung sogar wohl in erster Linie getrieben von den Industriestaaten! – nur an freien Marktzugängen interessiert und hat in den vergangenen 30 Jahren den Folgen dieser Freiheitsbewegung der Märkte, also den auch notwendigen Grenzen der Freiheit, sehr viel weniger Aufmerksamkeit geschenkt.

Neue Freiheiten bedeuten eine Verschärfung des Wettbewerbs

Neue Freiheiten bedeuten immer auch eine Verschärfung des Wettbewerbs. Der Mensch ist ein konkurrenzorientiertes Lebewesen. Er will gewinnen und haben. Mit dieser einfachen Erkenntnis lassen sich Exzesse der Finanzspekulationen, die gegenseitige Überbietung von Gewinnzielen, der Wettlauf um den Marktwert der Aktien und die Honorierung dieser Ziele durch anreizende Boni, leicht erklären. Nicht als eine neue „Gier“, sondern als neue Chancen für eine alte Gier. Die Chancen und die Maßstäbe des „Erfolgs“ sind in wenigen Jahrzehnten „global“ geworden, bei Banken nicht anders als bei Fußballspielern, Tennisspielern oder Pop-Entertainern. „Gierig“ waren – und bleiben wohl – die Menschen immer. Aber die Chancen für eine erfolgreiche, sozial noch ungezähmte Gier im großen Maßstab sind eben enorm gestiegen. Und damit auch die Gefahren!

So erklärt sich auch die weltweit zu beobachtende Entwicklung zu mehr „sozialer Ungleichheit“. Auch sie ist im Kern die Folge wachsender Freiheit in der Welt. Die Wissenschaft misst die Ungleichheit mit dem sogenannten Gini-Koeffizienten; je niedriger dieser ist, desto größer ist die „Gleichheit“. Nach letztem Stand weisen, hier zum Beispiel Italien, Großbritannien, die

In der Freiheitsexplosion der letzten Jahrzehnte finden sich die wahren Wurzeln des tiefen Strukturwandels.



Schweiz, Frankreich, die Niederlande, Österreich und viele andere eine höhere Ungleichheit auf als Deutschland; Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland eine geringere. Doch überall deutet der Trend zu einem starken Gefälle zwischen Reich und Arm.

Die neuen Freiheiten der Weltwirtschaft erlauben das Verlagern von Niedriglohntätigkeiten aus den Industriestaaten in kostengünstigere Regionen. Erst dieser Prozess ermöglicht nun zugleich den Industriestaaten (noch jedenfalls) eine immer höhere Entlohnung der hervorgehobenen Fähigkeiten und Fertigkeiten im eigenen Land, weil die anderen, die eher einfach Beschäftigten, der verschärften Niedriglohnkonkurrenz ausgesetzt sind. Deren Tätigkeiten werden entweder ausgelagert oder die Löhne gedrückt, auch um die höheren Löhne für Spezialisten zu ermöglichen. Eine Welt, die das „Können“ immer stärker honoriert, ist zwar auf ihre Weise gerecht aber zwangsläufig auch eine Welt inhärenter Ungleichheit. Michael Young hat davor schon in den 50er Jahren mit seinem Buch „The Rise of the Meritocracy“ gewarnt.

Soviel und so kurz zu den „Fehlentwicklungen bis zum Eintritt der Krise“ und den „sozialen und kulturellen Wechselwirkungen und Implikationen“ im Sinne der Fragestellung der Veranstalter. Sehr pauschal zusammengefasst kann man sagen: Die Verschuldung der USA-Konsumenten war das Ergebnis politischen Opportunismus und leichtfertiger Zentralbankpolitik. Die Asset Blase, die Hypotheken- und Immobilienblase platzte. Der Dominoeffekt der weltweiten Finanzkrise war dann eine Folge weltweit erweiterter Freiheitsräume. Und die größere „Gier“ wiederum war und ist eng mit diesen größeren Freiheitsräumen ver-

bunden, für die eine Ordnung noch fehlt. Und die aus den Ungleichheiten resultierenden sozialen Spannungen sind die Folgen einer in der globalen Welt zunehmenden Möglichkeit, Niedriglohntätigkeiten auszulagern, so die Standortkosten international wettbewerbsfähig zu halten und kommerziell messbare Leistung im eigenen Land dann nach Weltmaßstab zu honorieren. Ich finde, in der politischen Diskussion fehlt diese Klarheit. Wenn wir hier aber „therapieren“ wollen, dann muss eben zuvor die Diagnose stimmen.

Perspektiven für die Zukunft

Doch nun zu den ebenfalls erwünschten „Perspektiven für die Zukunft“. Um sie zu umreißen, sollten wir zunächst noch einmal einen Blick auf die offenen Tendenzen dieser Entwicklungen werfen. Wie ich bereits sagte: Der Ausgangspunkt für den Umfang der gegenwärtigen Krise war die durch die Ausweitung der Freiheitsräume verursachte, weltweite Verflechtung der Kapital- und Realmärkte. Das Kapital, unsichtbar und ohne körperliches Gewicht, hatte im historischen Prozess der Kommunikationsverflechtungen über Morse-Geräte, Telefon, Fernschreiber, Telefax, Computer und Internet den Prozess der Globalisierung immer am schnellsten und dichtesten vollzogen. Schon längst bevor die Warenmärkte, zunächst noch begrenzt durch Transportierbarkeit und Transportkosten, diesen Weg gehen konnten, waren die europäischen und später dann auch die atlantischen Kapitalmärkte eng verflochten. Fernand Braudel beschreibt diesen Weg eingehend in seinem berühmten Werk „Aufbruch zur Weltwirtschaft – Sozialgeschichte des 15. bis 18. Jahrhunderts“. Und bei Braudel, wie bei fast allen anderen Wirtschaftshistorikern, wird deutlich, dass Kapital, Banken und Bankiers der Öffentlichkeit seit jeher verdächtig waren und stets

Die weltweite Finanzkrise war eine Folge weltweit erweiterter Freiheitsräume.



als Sündenböcke für wirtschaftliche Fehlentwicklungen herhalten mussten. Eine der Quellen, übrigens, des weltweiten Antisemitismus.

Es wird auch in den kommenden Jahrzehnten eine tief verflochtene Finanzwirtschaft geben

Denn noch nie in der Jahrtausende alten Geschichte des Geldes haben private Finanziere, Banken oder Sparkassen ihr Geschäftsmodell ausschließlich auf die Vergabe von Krediten an Private oder Unternehmen begrenzt. Schon immer ist mit Geld auch Geld verdient worden. Und schon immer haftete diesen Geschäften dann auch ein Geruch von „Spekulation“ an. Ich bin daher skeptisch, ob – durch welche Regeln auch immer – zukünftig die Banken auf ihre angeblich einzige Aufgabe beschränkt werden können, nämlich Kredite an Private oder Unternehmen zu vergeben. Was ich damit hinsichtlich der in unserer heutigen Aufgabenstellung formulierten „Perspektive für die Zukunft“ sagen will, ist dies: Es wird auch in den kommenden Jahrzehnten eine starke internationale, tief verflochtene Finanzwirtschaft geben. Und diese Finanzwirtschaft wird sich nicht auf die Kreditvergabe und deren Zinseinkünfte begrenzen lassen. Und sie international zu zähmen, zu regulieren und zu beaufsichtigen wird sehr, sehr schwierig sein. Das sieht man heute am Schicksal der sogenannten Paul Volcker-Vorschläge im US-Senat. Deutschland und Europa sollten hier die US-Administration unterstützen!

Werden wir also den Finanzsektor wirkungsvoll international regulieren und beaufsichtigen können? Viel spricht gegenwärtig nicht dafür. Die großen Finanzzentren der Welt, London, New York, Shanghai und Tokio haben schon untereinander sehr unterschiedliche Interessen, aber auch gemeinsame gegenüber dem Rest der Welt,

zum Beispiel, gegenüber Frankfurt oder Paris. Einigungen im Sinne Deutschlands erscheinen hier jedenfalls gegenwärtig sehr schwierig.

Aber auch auf dem Feld der sogenannten Realwirtschaft, also der Waren und der Dienstleistungen, wird die weltweite Verflechtung bei sehr verschiedenen Kostenniveaus fortschreiten. In der großen Depression der 30er Jahre gab es die Flucht in den Protektionismus; mit verheerenden Folgen. Heute gibt es zwar auf allen Kontinenten auch hin und wieder Schritte in dieser Richtung – siehe gerade jetzt Boeing und EADS – aber die Weltwirtschaft hat wohl doch schon zu viele und zu große Abhängigkeiten entstehen lassen, sodass heute alle wirtschaftlich wichtigen Staaten ein überwiegendes Interesse an der Fortsetzung des Globalisierungsprozesses haben. Verlangsamt vielleicht, aber nicht unterbrochen, wird also die Globalisierung fortschreiten. Das wiederum heißt, der Strukturwandel in der Welt wird weiter voranschreiten. *Vae Victis* – wehe den Besiegten!

In einer Welt großer wirtschaftlicher und finanzwirtschaftlicher Freiheitsräume mit nur sehr begrenzten Ordnungssystemen wird es auch in Zukunft Krisen geben. Und diese Krisen werden folglich zukünftig immer weniger regional begrenzt sein. Insofern ist die heutige Krise vermutlich nicht Abschlussereignis eines bisherigen Integrationsprozesses, sondern eher Vorbote zukünftiger Entwicklungen. Was ist zu tun? Auf vier tragende Säulen, so scheint mir, sollten wir achten.

Das Wichtigste scheint mir zunächst zu sein diese Realitäten zu erkennen und alle Illusionen einer Welt ohne Kapitalismus oder eines „Drit-

In einer Welt großer wirtschaftlicher und finanzwirtschaftlicher Freiheitsräume mit begrenzten Ordnungssystemen wird es auch in Zukunft Krisen geben.



In einer Welt des kommerziellen Wettbewerbs ist der Unternehmer die zentrale Figur

ten Weges“ fahren zu lassen – jedenfalls solange es Freiheit gibt. Eine freie Welt ist nämlich zwangsläufig eine kommerziell dominierte Welt; in einer freien, kommerziellen Welt herrscht kommerzieller Wettbewerb, und in einer Welt des kommerziellen Wettbewerbs ist der Unternehmer, sei es als Eigentümer oder als Manager, die zentrale Figur.

Hier haben wir ein Problem: Denn in Deutschland ist der Unternehmer keine so hoch geschätzte Persönlichkeit! Soll und Haben gelten wenig im Land der guten Absichten! Wir müssen deswegen für die Haltbarkeit der ersten Säule alles daran setzen, die global notwendigen Wettbewerbsbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten in Deutschland zu schaffen oder zu erhalten. Von den Lohnnebenkosten bis zu den Steuersätzen und den arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen. Das wird politische Zivilcourage erfordern! Es würde hier zu weit führen, die Einzelheiten auszubuchstabieren. Aber eine ergänzende Bemerkung zur öffentlichen Debatte über Wirtschaftspolitik und Politikberatung erlaube ich mir doch: Mir erscheint es notwendig, im Sachverständigenrat zukünftig auch praktische Unternehmererfahrungen zu verankern.

Der Notwendigkeit einer starken und wettbewerbsfähigen Unternehmenswirtschaft steht als zweite Säule eine noch sehr viel schwierigere Aufgabe gegenüber: Wir müssen unter den bedrängenden Bedingungen eines weltweiten Kosten- und Preiswettbewerbs und ohne protektionistische Ausflüchte mehr soziale Gerechtigkeit für alle Einkommensschichten sichern. Hier sind gewiss Bildung und Ausbildung Schlüsselgebiete. Aber es geht auch um ein immer wieder austariertes Gleichgewicht zwischen dem Anspruch des Einzelnen auf Würde

und einem Anspruch der Gemeinschaft, dass ein Jeder seine Leistungsmöglichkeiten der Gemeinschaft auch wieder zurückgibt. Der Sozialstaat ist keine Einbahnstraße und Eigenverantwortung ist eine Bürgerpflicht. Hier werden wir immer wieder experimentieren müssen und von den Erfahrungen anderer lernen. Denn dieser Prozess ist angesichts des evolutionären, also unberechenbaren Charakters der Globalisierung nie zu Ende. Gerechtigkeit ist niemals statisch.

Eine dritte Säule ist deswegen die Stärkung der Verantwortung in den kleinen Einheiten. Denn indem die Globalisierung größere Freiheitsräume schafft, verlangt sie zur Selbstbehauptung auch mehr Verantwortung der kleinen Einheiten. Das gilt für jeden Einzelnen, für die Familie aber auch für die politischen Einheiten, für die Kommune, das Land, den Nationalstaat und – bei uns – auch für die Europäische Union, die im Weltmaßstab eine solche „kleine“ Einheit ist: Im Zweifel für die kleinere Einheit heißt die Devise der Selbstbehauptung. Dezentralisation bedeutet Flexibilität und das ist die beste Antwort auf die Überraschungen der Globalisierung. Die großen Erfolge der kleinen Staaten heute sind kein Zufall. Für Deutschland heißt das: Ein konsequenter, mutiger und gut koordinierter Föderalismus! Ihn haben wir heute nicht. Eine große Aufgabe.

Ein weiterer Gesichtspunkt spricht für die Stärkung der kleinen Einheiten. Es wird heute oft von einem Werteverlust in der Gesellschaft gesprochen. Ich sehe aber nicht, dass in der verbalen Einschätzung wichtiger Werte wie, zum Beispiel, Gerechtigkeit und Solidarität, solche Verluste zu registrieren sind. Eher das Gegenteil. Was aber verloren gegangen ist, das ist die Praxis dieser Werte. Und da sollten wir wissen:



Diese Praxis entsteht und besteht nur in kleinen sozialen Einheiten. Von dort müssen sie ausgehen, und dort müssen wir sie wieder durch Praxis erneuern. Über Werte zu reden – um nicht zu sagen: zu schwafeln – ist einfach. Werte zu praktizieren ist schwer. Und zu dieser Praxis zu erziehen ist mühsam: Liebe und Sanktionen sind gleichermaßen notwendig. Hier haben wir Defizite bei uns selbst, an denen wir arbeiten müssen.

Die Betonung regionaler Verantwortung ist keine Absage an Bemühungen um weltweite Regelungs- und Koordinierungsinstitutionen. UNO, OECD, G20, Weltbank oder IWF. Aber nur sehr langsam wird aus diesen Gremien eines Tages vielleicht ein Netzwerk von Regelsystem einer globalen verflochtenen Welt werden. Heute jedenfalls, und für unsere überschaubare Zukunft, auf eine funktionsfähige Weltinnenpolitik zu setzen, ist Illusion. Mir scheint deswegen, dass wir uns heute etwas zu viel von internationalen Regelsystemen versprechen und zu wenig Arbeit auf mögliche Methoden der Selbstbehauptung in einer krisenanfälligen Weltwirtschaft lenken. Global denken und lokal handeln bedeutet auch: Global erkennen und lokal reagieren. Das sollte ernster genommen werden.

Wie könnten wir nun mehr als bisher auf Methoden der eigenen, unabhängigen Sicherheit und Selbstbehauptung sinnen und diese Anstrengungen neben die Bestrebungen für weltweite Regelungen setzen? Das wäre die vierte Säule. Sie hat zwei Seiten: Eine offensive und eine defensive. Zur offensiven Seite gehört alles, was den Standort Deutschland wirtschaftlich, sozial und politisch wettbewerbsfähiger macht. Da wird es sicher Streit über die Instrumente geben – den müssen wir offen und tolerant austragen. Ich glaube zum Beispiel nicht,

dass ein Land wie Deutschland mit im OECD-Vergleich weit unterdurchschnittlicher Steuer- und Gesamtabgabenquote die Lücken bei Bildung, Forschung, Kitas und Renten über weitere Steuersenkungen schließen kann. Wo bliebe da die notwendige Steigerung der Binnennachfrage? Wir werden die Steuern erhöhen müssen. Allerdings auch auf die Effizienz achten. Aber das führt hier zu weit ins Detail.

Gegen Auswirkungen der unvermeidlichen zukünftigen Krise immunisieren

Soweit der offensive Ansatz. Der defensive Ansatz ist jedoch mindestens ebenso wichtig: Wie können wir uns besser als bisher – und ohne unsere Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen –, gegen die Auswirkungen der unvermeidlichen zukünftigen Krise immunisieren? Warum haben einige Länder, wie zum Beispiel Polen, die Finanzkrise besser überstanden als andere? Warum gelingt es der Schweiz oder auch Dänemark trotz hoher Exportabhängigkeit die Arbeitslosigkeit niedriger zu halten als Deutschland? Fragen über Fragen, die zum Lernen auffordern.

Und dies ist dann meine zentrale Schlussfolgerung: Jede Evolution ist ein lernendes System. Die Weltwirtschaft verläuft evolutionär. Je besser wir lernen zu lernen, desto besser werden wir auch in dieser neuen Welt bestehen. Und am Lernen kann uns niemand hindern! Lernen aber kann man nur, wenn man offen ist. Und offen ist man nur, wenn man den Mut zur Freiheit hat. Und da hat Deutschland einen Nachholbedarf, an dem wir alle arbeiten müssen. Am Mut zur Freiheit und am Mut, auch ihre Folgen zu tragen.

**Den Standort
Deutschland wirtschaftlich, sozial
und politisch
wettbewerbsfähiger
machen.**



PETERSBERGER CONVENTION

Programm 26.02.2010**Veltins-Arena, Gelsenkirchen**

- 8.30 Campusfrühstück
- 9.30 Begrüßung
Armin Laschet, Minister für
Generationen, Familie, Frauen
und Integration des Landes
Nordrhein-Westfalen
- Podiumsdiskussion
„Arbeit, Wohlstand, Finanz-
krise – Werte und Entwertun-
gen in unserer Gesellschaft“
- 10.30 Beginn der Workshops (1–6),
Teil 1
- Workshop 1 & 2
Sicherheit und Freiheit**
- Workshop 3 & 4
Zusammenhalt und Vielfalt**
- Workshop 5 & 6
Orientierung und Werte**
- 13.00 Beginn der Workshops (1–6),
Teil 2
- 14.30 Rede
Ministerpräsident des
Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Jürgen Rüttgers
- 15.00 Zusammenfassung der
Ergebnisse der Workshops
der Campus-Veranstaltung
- 16.00 Ende der Veranstaltung

Programm 11.03.2010**Gästehaus Petersberg, Königswinter**

- Festliches Abendessen anlässlich
der Petersberger Convention**
- gegeben von
- Ministerpräsident des
Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Jürgen Rüttgers und Angelika
Rüttgers
- Musikalische Umrahmung:**
Anke Sieloff, Gesang
- Rede**
Ministerpräsident des
Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Jürgen Rüttgers
- Rede**
Regisseur Dr. Dieter Wedel
- Moderation: Dr. Wolfgang Herles

Programm 12.03.2010**Gästehaus Petersberg, Königswinter**

- 10.00 Begrüßung
Ministerpräsident des
Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Jürgen Rüttgers
- 10.10 Keynote
Seine Exzellenz
Premierminister
Jean-Claude Juncker
- 11.15 **Forum 1 –
Sicherheit und Freiheit**
Wie etablieren wir ein
Ordnungsmodell, das soziale
Sicherheit und wirtschaftliche
Freiheit langfristig erfolgreich
miteinander vereint?
Moderation: Prof. Ernst Elitz
- Forum 2 –
Zusammenhalt und Vielfalt**
Wie erreichen wir die Integra-
tion und den Zusammenhalt
unserer immer vielschichti-
geren Gesellschaft?
Moderation: Michael Kolz
- Forum 3 –
Orientierung und Werte**
Brauchen wir eine neue
Wertekultur?
Moderation: Dr. Wolfgang Herles
- 14.15 Schlaglichter aus den drei Foren
- 15.30 Schlussrede
Bundesminister a. D.
Dr. Klaus von Dohnanyi
- 16.00 Ausblick
Ministerpräsident des
Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Jürgen Rüttgers
- 16.30 Ende

Impressum

Herausgeber
Der Ministerpräsident des
Landes Nordrhein-Westfalen

Konzeption/Redaktion
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

Texte/Redaktion Marc Gärtner, Thomas Mechenich,
 Nile Voigt, Björn Janßen,
 Dominik Vogel, Martin Steinberger

Gestaltung faktor K
Fotos Bernd Hegert
 Christian Hegert
 Björn Liedgens

Redaktion/Drucklegung März/Mai 2010
© 2010 Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen

Die Daten und Fakten dieser Publikation wurden mit großer Sorgfalt recherchiert und geprüft (Stand Mai 2010). Dennoch kann aufgrund von eventuellen Veränderungen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernommen werden. Die Redaktion ist in diesen Fällen für Hinweise dankbar.

Herausgegeben von der
Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen
Stadttor 1, 40219 Düsseldorf
Telefon: +49 (0) 211 / 8 37 - 01
kontakt@petersberger-convention.de
www.nrw.de

